

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 23.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 10. Juni 1911.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Der Kampf in der Textilindustrie des Münsterlandes beendet!

Früher als wir erwartet haben ist die Ausperrung im Münsterlande, von der rund 4200 Mitglieder unseres Verbandes betroffen wurden, zum Abschluß gekommen. In dem Bewußtsein unserer gerechten Sache hatten wir den Kampf aufgenommen, und wir hätten ihn weitergeführt, wenn der Verband münsterländischer Textilindustrieller auch fernerhin darauf bestanden hätte, die Abgabe der entwürdigenden Erklärungen von den Arbeitern zu verlangen. Der Arbeitgeberverband hat aber seine zuerst geforderten Erklärungen zurückgezogen und jetzt eine Erklärung verlangt, welche von den streikenden Arbeitern der Firma Aug. Koll u. Co. angenommen werden konnte. Dieses geschah am 30. Mai, und wurde am 1. Juni bei genannter Firma die Arbeit wieder aufgenommen. Die Ausperrung wurde darauf am folgenden Tage für Coesfeld und dann für das ganze Ausperrungsgebiet aufgehoben, die generelle Wiederaufnahme der Arbeit außerhalb Coesfelds erfolgte Dienstags nach Pfingsten.

Die am 30. Mai angenommene und vom Arbeiterausschuß unterzeichnete Erklärung lautet:

„Wir erklären uns im Namen der ausständigen Arbeiterschaft der Firma Aug. Koll u. Co. bereit, die Arbeit unter den Bedingungen wieder aufzunehmen, wie sie von der genannten Firma angeboten waren, bevor die Androhung der Ausperrung durch den Verband münsterländischer Textilindustrieller erfolgte.“

Diese Erklärung abzugeben, fanden unsere Mitglieder kein Bedenken. Der Kampf wurde geführt um die Wahrung unserer Verbandshre. Letztere ist durch die angenommene allgemeine Ausperrung und Haltung unseres Verbandes gerechtfertigt. In der Erklärung ist nur zugegeben, daß die Bedingungen, welche von der Firma Koll u. Co. angeboten wurden, vor der Androhung der allgemeinen Ausperrung zugestanden sind. Die Androhung der allgemeinen Ausperrung durch den Verband münsterländischer Textilindustrieller erfolgte am 1. Mai. (Am 20. Mai waren die Kündigungen abgelaufen und trat die Ausperrung in Kraft.) Der allgemeinen Ausperrung ging die örtliche Ausperrung in Coesfeld voraus, welche am 5. April in Kraft trat; am 1. März traten die Arbeiter der Firma Koll u. Co. in den Streik.

Wir geben nachstehend einen genauen kurzen Ueberblick über den Verlauf des großen Kampfes:

Am 15. Mai wurde von den streikenden Mitgliedern unseres Verbandes der Firma Koll u. Co. die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen und die bereits veröffentlichte Resolution (siehe vorige Nummer des Verbandsorgans) angenommen.

Am 16. Mai wurde von der Firma Koll u. Co. auf Anordnung des Verbandes münsterländischer Textilindustrieller die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit verlangt. Unsererseits wurde noch am selben Tage, um die allgemeine Ausperrung zu verhindern, der Firma Koll u. Co. eine Erklärung angeboten, welche lautet:

„Der Arbeiterausschuß beschließt, daß die von der Firma Koll u. Co. am Samstag den 13. cr. gemachten Zusicherungen übereinstimmen mit den Zusicherungen, die während der Zeit der örtlichen Ausperrungsandrohung gemacht sind.“

(Am Tage vor dem Inkrafttreten der örtlichen Ausperrung hatten Einigungsverhandlungen auf dem Rathaus in Coesfeld stattgefunden.)

Diese Erklärung wurde aber zurückgewiesen mit der Begründung, daß sie dem „Verband münsterländischer Textilindustrieller“ nicht genüge. Am 18. Mai wurde die Abgabe von zwei Erklärungen verlangt und zwar:

1) daß die 15 Pfg. Lohnerhöhung für alte Unterschläger bereits vor dem 15. Febr. (Tag der Einreichung der Kündigung der Arbeiter der Firma Koll u. Co.) bewilligt seien; 2) daß die Arbeit zu den früheren Bedingungen, die vor der Kündigung bestanden, wieder aufgenommen würde.

Weil die Abgabe dieser Erklärungen entschieden verweigert wurde, ließ der Verband münsterländischer Textilindustrieller die Ausperrung erfolgen.

Der Arbeitgeberverband hat sich ein wenig verrechnet. Man vergleiche die jetzt abgegebene Erklärung mit der von dem Textilindustriellenverband zuerst geforderten — und der, die wir am 16. Mai bereits angeboten haben. Wenn wir boshaft sein wollten, könnten wir sagen (wie es sonst mit Vorliebe vom Verband münsterländischer Textilindustrieller geschieht): „Was erreicht worden ist, hätte man vor dem Kampf „freiwillig“ schon haben können.“ Wir wollen zwar nicht verkennen, daß Mißverständnisse sachlicher Art über die erfolgten Zugeständnisse seitens der Firma Koll u. Co. zu dem verflorenen Kampfe mit beigetragen haben. Aber solange der Verband münsterländischer Textilindustrieller eine Verhandlung grundsätzlich ablehnt, bleiben dieselben auch fernerhin nicht ausgeschlossen und eine gegenseitige Verständigung und Ausgleichung wird in weite Ferne gerückt.

In den Tageszeitungen sind verschiedene Nachrichten über die Beendigung der Bewegung erschienen, welche nicht zutrafen. Bereits am 31. Mai war in der „Köln. Volkszeitung“ und am anderen morgen im „Münst. Anzeiger“ zu lesen:

„Der Arbeiterausschuß in Coesfeld hat sich bereit erklärt, die Arbeit unter den Bedingungen, die den Arbeitern am 16. Februar von der Firma Koll u. Co. angeboten wurden, also bevor die Androhung der Generalausperrung durch den Verband erfolgte, wieder aufzunehmen.“

Wir trauten unseren Augen kaum, als im „Münst. Anzeiger“ hierbei bemerkt war, daß die Mitteilung vom Vorstand des Verbandes münsterländischer Textilindustrieller zugesandt sei. Von Bedingungen, die am 16. Februar angeboten wurden, steht nämlich in der abgegebenen Erklärung kein Wort. Auch auf eine kürzliche Erklärung des Vorstandes des Verbandes münsterländischer Textilindustrieller, in der behauptet wurde, daß die 15 Pfennig auf den alten Unterschlägern schon am 16. Februar bewilligt wären und dieses von dem Obermeister den Arbeitern bekannt gegeben sei, wollen wir hier bemerken, daß sich in unseren Akten die schriftliche Erklärung der Ausschußmitglieder unseres Verbandes befindet, daß ihnen von einer Bewilligung der 15 Pfennige am 16. Februar nichts bekannt geworden ist.

Als am 15. Mai, um die Ausperrung zu vermeiden, die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde und am anderen Tage Notizen über die Beendigung der Ausperrung in der Presse erschienen, erklärte der Vorstand des Verbandes münsterländischer Textilindustrieller, daß gerade durch diese Veröffentlichungen die Vermeidung der Ausperrung erschwert würde. Die vorhin angeführten Notizen, die jetzt wieder zum vor Aufnahme der Arbeit der Streikenden in der Presse erschienen, erschwerten diesmal wohl die Wiederaufnahme der Arbeit nicht?

Daß auch der Streik der Arbeiter der Firma Koll u. Co. materiell nicht unglücklich geführt ist, ergibt sich schon aus dem Wortlaut der abgegebenen Erklärung. Ueberhaupt verlangte ja der Arbeitgeberverband die Abgabe der von uns zurückgewiesenen Erklärungen auch deshalb, um an Hand derselben nach außen die Erfolglosigkeit des Kampfes darzutun.

Eigentümlich war bei diesem Kampfe die Haltung, die der sozialdemokratische Textilarbeiterverband eingenommen hat. Wir werden bei Gelegenheit darauf

zurückkommen und für jetzt nur bemerken, daß die Schadenfreude genannten Verbandes über unseren „Gereinsfall“ etwas verfrüht gewesen ist. In Nr. 21 des sozialdemokratischen Textilarbeiters hieß es über die noch nicht aufgehobene Ausperrung im Münsterlande recht geschmackvoll: Unser herzlichstes Beileid für diesen grandiosen Gereinsfall. Der „rote“ Textilarbeiterverband wäre vielleicht ganz gut zufrieden, wenn er in den letzten Jahren mehrere solcher „Gereinsfälle“ zu verzeichnen hätte.

Die Bürgerschaft im Münsterlande stand in diesem Kampfe fast ausnahmslos auf der Seite der kämpfenden Arbeiterschaft. Wir erkennen dies dankbar an. Ueberall haben aber auch unsere Mitglieder eine, dem Ernste der Situation entsprechende, ruhige und besonnene Haltung bewahrt. Das wurde auch allgemein anerkannt. Was hier allgemein von den kämpfenden Kollegen und Kolleginnen gesagt worden ist, gilt besonders auch für unsere Mitglieder in Coesfeld.

Wir können, trotzdem wir den Kampf wie auch die Ausperrung gern vermieden hätten, mit dem Ergebnis zufrieden sein. So gilt es denn nun, aus dem verflorenen Kampfe die Lehren zu ziehen. Eins mit der Verbandsleitung werden unsere Kollegen und Kolleginnen unsere Organisation im Münsterlande weiter ausbauen, sie fester und größer noch gestalten.

Nachträglich wird uns gemeldet, daß in einigen Orten die Arbeitgeber bei der Wiedereinstellung der Arbeiter Schwierigkeiten machten. Der Zentralvorstand wird sofort zu der Sache Stellung nehmen, wenn er Klarheit über die Gesamtlage hat.

Grundsätzliches für die Verwaltung der Krankenkassen.

Bei der Beratung der neuen Krankenversicherung im Reichstage verteidigte der Staatssekretär Dr. Delbrück in sehr geschickter Weise die Grundsätze, die die Regierung veranlaßt haben, ein Mittel gegen den Mißbrauch der Krankenkassen für politische Zwecke zu fordern und die in Zukunft für die Verwaltung der Krankenkassen maßgebend sein sollen. Jeder, der ohne Voreingenommenheit an die neuen Bestimmungen bei der Wahl der Beamten und der Vorstehenden der Krankenkassen herantritt und die Dinge nicht durch die Parteilichkeit betrachtet, wird finden, daß die in den Bestimmungen niedergelegten Grundsätze gar nichts enthalten, was nicht zur Wahrung der Dienstgeschäfte in einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft verlangt werden kann und muß und was nicht schon auf zahlreichen anderen Gebieten der öffentlichen Verwaltung üblich und rechtens ist. Diese Gesichtspunkte hob der Minister in seiner Rede ganz besonders hervor. Er wies auf die Zentralisationsbestrebungen der Krankenkassen hin, die er an sich gut hieß, wodurch aber große Körperschaften mit einem ganz erheblichen Verwaltungsapparat zustande kämen. Bei der Schaffung der Krankenversicherung habe man diese Entwicklung gar nicht vorausgesehen und deshalb auch in der Gesetzgebung gar nicht berücksichtigt. Aber heute bildeten die Krankenkassen eine Macht, die das ganze deutsche Vaterland umfaßt, eine Macht, die zweifellos auch zu anderen Zwecken gebraucht werden kann als denjenigen Zwecken, die der Gesetzgeber beim

Erlaß des Krankenversicherungsgesetzes im Auge gehabt hat.

Die Verhältnisse, unter denen die Selbstverwaltung der Krankenkassen geschaffen worden sei, seien gegenüber den heutigen ganz verschieden und schon allein die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse „berichtigt und verpflichtet die verbündeten Regierungen und die gesetzgeberischen Faktoren des Reiches, überhaupt zu prüfen: ist die damals geschaffene Organisation noch den Verhältnissen gewachsen, vor denen wir augenblicklich stehen“?

Der Minister definierte dann den Begriff Selbstverwaltung dahin: „Selbstverwaltung nach unseren augenblicklichen Begriffen ist die Befugnis öffentlich-rechtlicher Korporationen, ihre Angelegenheiten durch selbstgewählte Organe nach allgemeinen, vom Gesetzgeber aufgestellten Normen zu verwalten unter möglichstem Ausschluß überflüssiger Eingriffe der Staatsgewalt und ihrer Organe. Aber eine Selbstverwaltung in diesem Sinne ohne eine Staatsaufsicht und ohne die Möglichkeit eines Eingreifens des Staates gibt es nirgends, und sie ist unbedenklich; denn große öffentlich-rechtliche Organisationen, die sich des Schutzes des Gesetzgebers erfreuen, bedürfen auch seiner Aufsicht, wenn nicht die Gefahr eintreten soll, daß sie für Zwecke gebraucht werden, die mit den allgemeinen öffentlichen Interessen und den Zielen des Staates unvereinbar sind, und die in keinem Zusammenhang stehen mit den Aufgaben, die den Korporationen selbst gestellt sind.“

Die verbündeten Regierungen seien der Meinung, daß man die Anstellungsverhältnisse der Krankenkassenbeamten „den Grundfragen nahebringt, wie sie im ganzen deutschen Vaterlande für große Organisationen mit öffentlich-rechtlichem Charakter bestehen“.

„Jetzt liegen die Dinge so, daß wir Krankenkassen haben mit einer ganzen Beamtenhierarchie, mit einer Beamtenhierarchie, die nicht unbedeutend bezahlt ist, einer Beamtenhierarchie, die durch die Art ihrer Tätigkeit geradezu dazu prädestiniert ist — ob mit Absicht oder ohne Absicht ihrer Auftraggeber, will ich hier völlig unerörtert lassen — Träger aller möglichen politischen Bestrebungen zu werden, die in keinem Einklang stehen mit ihren eigentlichen Aufgaben. Und dementsprechend meine Herren, müssen wir, wenn wir die Verhältnisse dieser Beamten regeln, uns auf ähnliche Grundlagen begeben wie bei der Regelung der Beamten unserer anderen Selbstverwaltungsorgane, beispielsweise der Städte und der Kreise. Sowie von öffentlichen Beamten, von städtischen Beamten, von Kreis-, Kommunalbeamten die Rede ist, — das erste Wort, das mir aus allen Teilen dieses hohen Hauses entgegenschallt, ist: wir müssen eine Garantie haben, daß diese aus öffentlichen Mitteln bezahlten Leute in absoluter Unabhängigkeit amtieren und ihre Tätigkeit beschränken auf die ihnen unmittelbar zustehenden Aufgaben.“

Man wird nicht abstreiten können, daß diese Redeführung des Ministers einen großen Teil tüchtiger Beweiskraft enthält, umso mehr, wenn man den wirklichen Mißbrauch in Betracht zieht, den die Sozialdemokraten viele Jahre mit den Kassen getrieben haben. Wir lesen in der Nr. 11 des „Zentralblattes“ einige Gedanken, die bei der ganzen Beurteilung der Sache sehr wesentlich in Frage kommen.

Der Beitritt zu den Krankenkassen ist nicht freiwillig. Der Staat zwingt alle Arbeiter, den gesetzlichen Krankenkassen anzugehören. Er zwingt die Arbeitgeber, die Beiträge zu zahlen. Er zwingt sie dazu, kraft öffentlich-rechtlicher Bestimmungen, die im Gesetz niedergelegt sind. Es wäre unerträglich für die politischen und religiösen Minderheiten, wenn sie mit ihrem eigenen Geld Beamten bezahlen müßten, die ihre Dienstgeschäfte mißbrauchen, um eine Agitation zu betreiben für politische und religiöse Richtungen, die einem großen Teil der Klassenangehörigen nicht genehm sind, vielmehr im schärfsten Widerspruch zu ihrer ersten Ueberzeugung und ihren heiligsten Idealen stehen.“ Der Staat würde seine Pflicht veräußen und das ganze soziale Versicherungswert in Gefahr bringen, wenn er unbeanstandet eine solche Ausnutzung der Beamtenstellen an den Krankenkassen zulassen würde, gleichviel welcher Partei die Agitation gelten sollte. Deshalb verurteilen wir nicht bloß die Mißbräuche, die sozialdemokratische Parteigänger begehen, sondern wir verurteilen sie überhaupt, auch wenn sie von uns nachstehenden Kreisen ausgehen sollten. Der unsere Versicherungsgesetzgebung nicht bloß als Beteiligungspolitiker ansieht, wie es die Sozialdemokratie fortgesetzt tut, sondern in ihr wirklich ein Reformwerk sieht, das allen Kulturstaaten zum Vorbild dient, der muß im Interesse des sozialen Zwecks eine objektive und neutrale Verwaltung verlangen und die Mißstände bekämpfen.

Die Sozialdemokraten gehen nun selbst zu, daß einzelne Mißstände vorgekommen seien, behaupten jedoch, daß zu einer so grundlegenden Änderung keine Barmherzigkeit vorläge. Wir fragen, wenn keine Mißstände vorliegen, wenn die Sozialdemokratie kein Interesse hat an der Ausnutzung der Kassenämter für politische Zwecke, weshalb sie sich so hartnäckig ansetzt über die neuen Bestimmungen? Die Sache liegt in Wirklichkeit anders. Selbst wenn einige sozialdemokratische Parteigänger es nicht verurteilen, wenn die Kassenämter für die politische Propaganda ausgenutzt werden, so kann die Partei als solche nicht darauf verzichten. Sie kann es nicht

aus inneren Gründen, die in dem Wesen der sozialdemokratischen Partei gelegen sind.

Sie nennt sich selbst eine revolutionäre Partei, d. h. eine Partei, die mit allen Mitteln dahin strebt, die gegenwärtige gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung zu beseitigen und eine andere an ihre Stelle zu setzen. Als hervorragendes Mittel, dieses Ziel zu erreichen, gilt ihr die Eroberung der politischen Macht. Diesem Zweck ordnet sie alles unter. Aber was geeignet ist, die politische Machtentwicklung zu hindern, muß sie bekämpfen. Sie kann nicht dulden, daß ihre Parteigänger in diesem Punkte auch nur lag denken, ohne das Ziel selbst zu gefährden. Um die Masse für diese Aufgabe zu gewinnen, hat sie die Theorie vom Klassenkampf konstruiert und sie ist deshalb ständig bestrebt, die Klassengegensätze zu verschärfen, die sie als naturnotwendig aus dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaft schließend, ansieht. Die Sozialdemokratie glaubt mit aller Bestimmtheit, daß es ihr gelingen wird, ihr Ziel zu erreichen, und Dutzende von Aussprüchen ihrer Führer beweisen, daß sie auch vor Gewaltmitteln nicht zurückschrecken wird. Man braucht deshalb noch nicht an blutige Ummwälzungen zu denken nach dem Muster der Revolutionen vergangener Jahrhunderte. Aber ohne Druck und ohne Gewalt geht es auf keinen Fall ab. Will die Sozialdemokratie ihr Ziel erreichen, so muß sie alle und jede Gelegenheit benutzen, um für ihre Ideen Propaganda zu machen und für die Partei Anhänger zu werben. Sie ist gezwungen, ihre Macht und ihren Einfluß auszunutzen, andere zum Beitritt zu veranlassen. Ein Sozialdemokrat, der nicht alle Gelegenheiten benutzt, die sich ihm bieten, für seine Partei Propaganda zu machen, ist ein schlechter Genosse.

Wenn wir der Sozialdemokratie ihren Terrorismus vorhalten, so finden wir zwar hier und da eine platonische Beurteilung des einzelnen Falles, aber nirgendwo ist uns ein Beschluß eines Parteitagess bekannt geworden, der den Terror grundsätzlich verwirft. Eine revolutionäre Partei, wie es die Sozialdemokratie ist und sein will, kann auf den Terror als solchen überhaupt nicht verzichten, ohne ihr revolutionäres Wesen aufzugeben. Wenn sie sich allein darauf verlassen wollte, daß sich die Ueberzeugung der Mehrheit der Staatsbürger, insbesondere der Arbeiter, aus inneren Entwicklungsgründen ihr zuwenden würden, so könnte sie die Verwirklichung ihrer Zukunftsideale getrost auf den Et. Nimmerleinstag vertagen. Dafür spricht schon die Tatsache, daß innerhalb der Arbeiterklasse, die im wesentlichen der Sozialdemokratie zum Siege verhelfen soll, so starke Meinungsverschiedenheiten bestehen, die ihren prägnantesten Ausdruck gegenwärtig finden in der christlichen Arbeiterbewegung. Wir können mit sozialdemokratischen Arbeitern in der Gewerkschaftsbewegung zu voraus bestimmten Zwecken und Zielen zusammenarbeiten und kämpfen. Wir können mit ihnen sogar gemeinsam die Auswüchse der kapitalistischen Gesellschaft bekämpfen. Aber niemals wird es eine Versöhnung in unseren Grundfragen geben. Zwischen der republikanisch-atheistischen Sozialdemokratie und der monarchisch und christlich gesinnten Arbeiterchaft wird stets eine unüberbrückbare Kluft herrschen. Deshalb führt die friedliche Propagandarbeit die Sozialdemokratie nicht zum Ziel, abgesehen davon, daß außerhalb der christlichen Arbeiterchaft sich Millionen anderer Staatsbürger dem Sozialismus widersetzen. Wir werden also stets damit rechnen müssen, daß die Sozialdemokratie, wo sie irgendwie die Möglichkeit dazu hat, mit einem scharfen Druck auf die anders denkende Arbeiterchaft zu wirken vermag.

Sagt man diese grundsätzlichen und theoretisch einwandfreien Feststellungen ins Auge, so wird es der christlichen Arbeiterchaft niemand verdenken, wenn sie gesetzlichen Bestimmungen ihre Zustimmung gibt, die den Zweck haben, ein öffentlich-rechtliches Institut, wie es die Krankenkassen sind, vor dem Mißbrauch durch die sozialdemokratische Agitation zu schützen. Und wenn die sozialdemokratische Presse in so heftiger Weise tobt über die neuen Bestimmungen im Krankenversicherungsgesetz, so verrät sie damit ihr eigenes schlechtes Gewissen und rechtfertigt erst recht die neuen Gesetze.

Jugendschutz und Jugendpflege.

Für die Zukunft eines Volkes ist die Beschaffenheit seiner Jugend an Körper und Geist von der weittragendsten Bedeutung. Dessen ist man sich wohl in allen Zeiten bewußt gewesen. Ob aber jeweils das Notwendige geschehen ist, um eine an Körper und Geist gesunde Jugend zu erhalten, das dürfte sehr im Zweifel zu ziehen sein. Heute sind sich alle, denen die Zukunft des Volkes am Herzen liegt, darüber einig, daß im Zeitalter der wirtschaftlichen Umwälzung der Bevölkerung, des gewaltigen industriellen und wirtschaftlichen Aufschwunges unseres Vaterlandes, der Jugend nicht in ausreichendem Maße gedacht ist, d. h. der Jugend nicht, die bereits der Schule entwachsen, sich aber noch im Stadium der Herberischen, geistigen und sittlichen Entwicklung befindet. Was bedeutet aber die Vernachlässigung der Aufgaben gegen die Jugend? Denken wir nur daran, was aus den jungen Manneskindern

wird! Es sind, wie Professor Franke in der „Sozialen Praxis“ treffend sagt, „die einsigen Väter und Mütter, die da heranwachsen, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die unsere Volkswirtschaft tragen, der Ertrag verbrauchter Schichten, die Männer, die Vaterland und den heimischen Herd schützen, die Frauen, die das Familienleben zu hüten haben.“

Was aber ist's, das die Jugend von heute schwächer an Körper und Geist erscheinen und werden läßt, als es die Jugend von ehedem war? In erster Linie das neuzeitliche Erwerbsleben, in das die jungen Menschenlinder nach der Schulentlassung hineingestellt werden, vielfach sich selbst überlassen, ohne den hinreichenden Schutz der Gesetzgebung und die moralische Stütze durch die Familie. Die Gesetzgebung hat hier zwar schon eingegriffen, doch schützt sie nur vor den allergrößten Gefahren, die Körper und Sitte bedrohen und zwar nur jene jungen Leute bis zum vollendeten 16. Lebensjahr. Mit den bisherigen Maßnahmen kann es aber nicht genug sein, da nachweisbar die Entwicklung des Menschen mit dem 16. Jahr nicht halt macht und die Gefahren, die dem 16jährigen drohen, auch die Gefahren der 17 und 18jährigen jungen Leute sind. Es muß deshalb in erster Linie gefordert werden, daß das Schulalter für jugendliche Arbeiter heraufgesetzt wird. Nach der Berufszählung vom Jahre 1907 standen in Deutschland 4,8 Millionen Menschen im Alter von 14 bis 18 Jahren; von diesen waren nicht weniger als 3,8 Millionen, das sind 80%, erwerbstätig. Die Wichtigkeit des gesetzlichen Arbeiterschutzes für jugendliche Personen ist an diesen Zahlen hinlänglich dargetan.

Die Probleme des Jugendschutzes und der Jugendpflege standen auf der diesjährigen Generalversammlung der Gesellschaft für Sozialreform, die in den Tagen vom 11. bis 13. Mai im Berliner Rathaus stattfand, im Mittelpunkt der Verhandlungen. Wir bringen darüber einen Bericht aus unserm Bruderorgan, dem „Holzarbeiter“, dessen Redakteur an den Verhandlungen teilnahm. Die Veranstaltung selbst gestaltete sich zu einer wirksamen Rundgebung zur Fürsorge der erwerbstätigen Jugend. Von großen Gesichtspunkten getragen war insbesondere der hier gehaltene Vortrag des Obermedizinalrats Professor Dr. von Gruber-München über den Berufsschutz der jugendlichen Arbeiter. An Hand von Tabellen über die Militärtauglichkeit, der Sterblichkeitsverhältnisse, der Stillfähigkeit der Mütter, der Lungenüberblase etc. wies der Redner die Notwendigkeit eines größeren Schutzes für die erwerbstätige Jugend nach. Er verlangt die Heraufsetzung des Schulalters auf 18 Jahre, Einbeziehung des Fach- und Fortbildungsschulunterrichts in die zehnstündige Arbeitszeit, Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs, körperliche Übungen, hygienische Aufklärung, Bekämpfung des Nachtlebens in den Großstädten und insbesondere die Pflege des Familienlebens, das die Grundlage aller Kultur sei. Redner, der nicht im Verdacht steht, kirchlichen und religiösen Anschauungen Vorzug zu leisten, entwickelte am Schluß seines Vortrages vom Standpunkte des Hygienikers aus Ideen über Ehe und Familienleben, an denen jeder, der auf dem Boden des Christentums steht, nur seine Freude haben konnte. Mit Recht konnte Kollege Becker vom Zentralverbande christlicher Bauarbeiter in der Diskussion darauf hinweisen, daß die Ausführungen von Gruber die Panzerörterklärung einer gewissen Moral bedeutet hätten. Die Stellungnahme des Herrn Professor von Gruber zur Auslese der Menschen kann indes eine Billigung vom christlichen Standpunkte aus nicht finden.

Zum Studium der Frage des Jugendschutzes hatte die Gesellschaft für Sozialreform vier Schriften herausgegeben, die die Ausführungen des Herrn von Gruber und der übrigen Referenten in vorteilhafter Weise ergäßen. Zur Anschaffung für die Bibliotheken können die Schriften, insbesondere Heft I „Arbeitsverhältnisse der von §§ 135—139a der Gewerbeordnung unterstellten minderjährigen Arbeiter“ von Dr. Karl Bittmann (Preis 50 Pfg.) und Heft III „Schädigung von Leben und Gesundheit der Jugendlichen, namentlich im Zusammenhang von Zeit und Art der beruflichen Beschäftigung“ von Dozent Dr. med. J. Raup (Preis 35 Pfg.), nur bestens empfohlen werden.

Dem gewerblichen Fortbildungsschulwesen waren auf der Tagung der Gesellschaft für Sozialreform zwei Vorträge gewidmet. In der Begrüßungsverammlung schilderte der Berliner Stadtdiözesanrat Dr. Michaelis in ausgedehntem Maße den geschichtlichen Werdegang des Berliner Fortbildungsschulwesens, während am zweiten Verhandlungstage Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister Cuno-Dagen über Aufgaben und Ziele des Fortbildungsschulwesens sprach. Seine Ausführungen gipfelten in den Forderungen: Obligatorischer Fortbildungsschulunterricht für Burschen und Mädchen bis zum 17. Jahr; Ausbau der Fortbildungsschule, dort, wo möglich, zur Fachschule; für weibliche Fortbildungsschulbesucher auch Hauskaltungsunterricht. Mit Schärfe wandte sich Redner (eine Anzahl Diskussionsredner glaubten daselbe tun zu müssen) gegen den Religionsunterricht in der Fortbildungsschule. Die Gründe, die dagegen angeführt wurden, kann man für sich selbst kaum anerkennen, um so weniger im Hinblick darauf, daß nach den Wünschen wohl der Mehrzahl der Redner die Fortbildungsschule nicht nur Schule, sondern auch Erziehungsanstalt sein soll. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, daß die Fortbildungsschule eine Lücke auszufüllen habe, die zwischen den beiden Erziehungsanstalten der Deutschen, der Volksschule und dem Militär liege. Verlangt man aber eine sittliche Erziehung der gewerblichen Jugend, dann wird man nicht umhin können, die verlangte „Erschließung“ des Fortbildungsschulunterrichts in der Form religiöser Unterweisung anzuerkennen. Mit dem obligatorischen Religionsunterricht an den Fortbildungsschulen dürfte es übrigens noch gute Weile haben. Die wohl gerade nicht von Freundschaft gegen die Religion diktierten Aus-

fährungen mancher Redner auf der Berliner Tagung hätten sich aus diesem Grunde schon erübrigt.

Auffallend, wie die Abneigung gegen den Religionsunterricht, war das Bestreben, der Fortbildungs- und Fachschule Aufgeben zuzuweisen, die kaum im Rahmen der Schule gelöst werden können. Darüber, daß die Fortbildungsschule nicht nur jene Fähigkeiten vermitteln soll, die für den Beruf von Wert sind, war man sich allgemein einig. Die Fortbildungsschule soll nicht nur berufstätige, sondern auch körperlich und geistig gesunde, sowie sittlich hochstrebende Menschen bilden. Und an Mitteln dafür fehlte es in der Diskussion nicht. Wenn die Stimmung, die auf der Versammlung der Gesellschaft für Sozialreform vorherrschte, durchschlägt, wird das ganze Erziehungswerk an der arbeitenden Jugend allmählich in den Rahmen der Fortbildungsschule eingezwängt werden. Es werden insbesondere die Personen, die den konfessionellen Jugendvereinen nahestehehen, die Entwicklung der Dinge gut zu verfolgen haben.

Ein Referat über Jugendpflege erstattete in Berlin der Leiter des Hamburger Volkshomes, Pastor Walter Classen. Die gedankreichen Ausführungen dieses Redners zeigten, daß über den Erfolg oder Mißerfolg der Jugendpflege (Gesellige Unterhaltung, Spiel und Sport; Allgemeinbildung durch populäre Vorträge) in erster Linie die Persönlichkeit des Jugendpflegers entscheidet. Wer die Jungen nicht von der richtigen Seite zu nehmen weiß, wird nie Erfolge sehen.

Die Veranstaltung der Gesellschaft für Sozialreform hat unzweifelhaft auf die Arbeit an der Jugend befruchtend eingewirkt. Manche Gedanken, die der weitesten Beachtung wert sind, wurden gegeben und namentlich zeigte der Vortrag des Herrn Professor von Gruber, was für die Zukunft des deutschen Volkes auf dem Spiele steht, wenn nicht jene Gefahren beseitigt werden, die die Jugend bedrohen.

Unter dem „neuen“ Arbeiterinnenschutz.

III.

Es war vorauszusehen, daß der neue Arbeiterinnenschutz auch eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Männer im Gefolge haben würde. Das trifft namentlich für die Textilindustrie zu, wo Männer und Frauen in ihren Arbeitsrichtungen vielfach aufeinander angewiesen sind. Aber auch in den Zweigen unseres Gewerbes und in manchen anderen Berufen mit vieler Frauenarbeit, in denen diese Abhängigkeit nicht zutrifft, haben sich die Arbeitgeber, in zahlreichen Fällen von ihren Arbeitern dazu gedrängt, entschlossen, die Arbeitszeit im ganzen auf zehn Stunden herabzusetzen und auch an den Abenden vor Sonn- und Feiertagen um 5 Uhr oder noch eher zu schließen. Eine Aufrechterhaltung des Betriebes nur für Männer ist unmöglich und auch mit vielen technischen Schwierigkeiten verbunden. Wo in der Textilindustrie Versuche zur Weiterführung des Betriebes nach Schluß der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen gemacht wurden, mußten sie bald wieder aufgegeben werden.

So wird aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. M. berichtet, wo in einigen Textilfabriken die ungleiche Arbeitszeit für Männer und Frauen aufrecht erhalten wurde, „unterlagen manche Arbeiterinnen der Versuchung, hinter dem Rücken des Arbeitgebers die vorgeschriebene Arbeitszeit zu überschreiten. Dies war möglich, weil... der ganze Betrieb nach Schluß der Arbeit für die weiblichen Kräfte noch eine Viertelstunde weiter lief. Es hat sich indes herausgestellt, daß diese verschiedene Arbeitszeit für Männer und Frauen nicht zweckmäßig ist, und man wird daher wohl bald zu dem zehnstündigen Arbeitstag auch für Männer übergehen“. Der Beamte von Breslau berichtet, daß der Arbeitsschluß für Arbeiterinnen an Samstagen spätestens 5 Uhr „vielfach zur Einführung der achtstündigen Schicht auch für Männer geführt“ habe. Vielfach ist dann die Mittagspause ganz fortgefallen oder auf eine Viertelstunde beschränkt worden. Von dieser sogenannten englischen Arbeitszeit berichten eine ganze Reihe von Beamten. So außer dem genannten auch die aus dem Regierungsbezirk Magdeburg. „Fabriken, welche zum Beispiel um 6 Uhr morgens beginnen und die Pausen in einer Gesamtdauer von zwei Stunden haben, sind gezwungen, den Betrieb um 4 Uhr nachmittags zu schließen. Um nun nicht wegen der wenigen Nachmittagsstunden den ganzen Betrieb über Mittag aufrecht erhalten zu müssen und um den Arbeiterinnen einen Weg von und zur Fabrik zu ersparen, haben sich viele Unternehmer zur Einführung der sogenannten englischen Arbeitszeit am Sonnabend entschlossen. Teils unterbleibt dabei die bisherige Nachmittagsarbeit ganz oder es werden nachmittags doch nur unverheiratete Arbeiterinnen zu Reinigungs- und Verpackungsbearbeitung herangezogen, teils wird mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde 7½ oder 8 Stunden mit nur einer halb- oder einstündigen Pause durchgearbeitet“. Der Bericht fügt noch hinzu, daß die für derartige Anträge vorgeschriebene Anhörung der Arbeiterchaft in mehreren Fabriken zur Bildung von Arbeiterausschüssen geführt habe. In diesem Zwecke müssen die Arbeiter wohl schlecht gewerkschaftlich organisiert sein, denn der Bericht vermerkt, daß nur wenige Unternehmer sich zu einer Erhöhung der Tages- und Stücklöhne hätten entschließen können. Dennoch „sind die Arbeiterinnen mit der neuen Regelung recht zufrieden. Insbesondere den verheirateten Frauen ist der freie Sonnabendnachmittag für häusliche Arbeiten sehr willkommen“. Der Beamte bezweifelt, ob er auch den Unverheirateten Nutzen bringe, ohne jedoch seinen Zweifel durch irgend eine Tatsache oder Mutmaßung zu begründen. Wir sind der Ueberzeugung, daß der freie Samstagnachmittag auch für die unverheirateten Arbeiter-

innen erheblichen Nutzen bringt und zwar in mehrfacher Hinsicht.

Von einer Einführung der englischen Arbeitszeit bzw. des freien Samstagnachmittags wird auch aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden berichtet. Die Putz-, Teigwaren-, Zigarren- und Textilfabriken haben sich vielfach gezwungen gesehen, an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen die Arbeitszeit überhaupt auf 8 Stunden zu beschränken. „Der Arbeitsschluß findet unter Wegfall der Nachmittagspause meist schon um 5 Uhr statt. Einige Betriebe sind sogar dazu übergegangen, an den Sonnabenden auf die Nachmittagsarbeit ganz zu verzichten und bei gewöhnlich sechsstündiger Arbeitszeit den Betrieb um 1 Uhr mittags zu schließen. Der Beamte von Köln berichtet: „Die vorwiegend auf die Beschäftigung von Arbeiterinnen angewiesenen Industriezweige sind... geneigt, die Arbeit am Sonnabend für alle Arbeiter möglichst frühzeitig, und zwar vor der sonst üblichen Nachmittagspause enden zu lassen.“ Verschiedene Betriebe haben deshalb eine Verkürzung, bzw. einen Wegfall der sonst an diesem Tage üblichen Pausen beantragt. Ueber die Verhältnisse in der Textilindustrie wird berichtet, daß eine längere als die für Arbeiterinnen festgesetzte Beschäftigung für Männer in der Regel nur in der Appretur, der Färberei und Bleicherei, wo ausschließlich männliche Arbeitskräfte tätig sind, möglich und vielfach auch beibehalten worden ist. Aus den gleichen Gründen hat auch der frühere Arbeitsschluß der Arbeiterinnen an Sonnabenden einen solchen für die Mehrzahl der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter zur Folge gehabt. Im Gegenzug hierzu wurde durch die neuen Bestimmungen eine Verlängerung der Arbeitszeit der männlichen Arbeiter in einer Strickgarnspinnerei, in der in Tag- und Nachtschicht gearbeitet wird, bewirkt. Hier ist die nur von männlichen Arbeitern ausgeführte Nachtschicht entsprechend der Verkürzung der Tageschicht, in der vorwiegend Mädchen beschäftigt werden, um eine halbe Stunde verlängert worden.

In der Wuppertaler Besatzartikelindustrie lagen die Verhältnisse insofern besonders eigenartig, als bei der außerordentlich weiten Verbreitung, welche dort der arbeitsfreie Samstagnachmittag in den letzten zehn Jahren gewonnen hatte, die wöchentliche Arbeitszeit größtenteils nur 58½ Stunden betrug, dem neuen für die Arbeiterinnen festgesetzten Höchstwert von 58 Stunden also schon annähernd entsprach, mit dem Unterschiede allerdings, daß die Arbeit an den ersten fünf Wochentagen durchschnittlich 10¼ Stunden, am Samstag nur sechs Stunden dauerte. „Das Bestreben der Industrie ging naturgemäß zunächst dahin“, heißt es in dem Bericht, „die durch die Gewerbeordnungs-Novelle bedingte Einbuße an den ersten fünf Wochentagen durch Verlängerung der Samstagsschicht wettzumachen. Soweit hierbei deren Charakter als Halbtagschicht nicht angetastet wurde, hat sich in Elberfeld-Varmen in etwa ein Viertel der Textilbetriebe eine Verlängerung der Arbeitszeit um durchschnittlich eine halbe Stunde erreichen lassen. Gegen den in Fabrikantenkreisen erörterten weitergehenden Versuch, den Samstagnachmittag wieder für normale Arbeitszwecke in Anspruch zu nehmen, hat sich indessen die Arbeiterchaft derart ablehnend verhalten, daß die maßgebenden Unternehmerverbände hiervon Abstand nehmen mußten. Tatsächlich hat der freie Samstagnachmittag im Berichtsjahr an Verbreitung noch zugenommen, und zwar vielfach als direkte Wirkung der Gewerbeordnungs-Novelle. Die in fast allen Betrieben mit Arbeiterinnen erforderliche Verringerung der Arbeitsordnungen brachte die Frage auch da, wo sie bislang noch geschummert hatte, ins Rollen und veranlaßte manchen bisherigen Gegner der sogenannten englischen Arbeitszeit dazu, angeichts des gesetzlich vorgeschriebenen Fünfstundenschlusses den Betrieb am Samstagnachmittag überhaupt nicht wieder aufzunehmen. Ende 1910 erfreuten sich in Varmen des freien Samstagnachmittags in der Textilindustrie 88,8% in allen Industriegruppen zusammengekommen 83,1% der erwachsenen Arbeiterinnen, in Elberfeld 74,8% und 53,9%. Die Wochenarbeitszeit der Wuppertaler Textilindustrie beträgt unter diesen Umständen im allgemeinen 56½ Stunden, demnach 1½ Stunden weniger als die neue Gewerbeordnung vorseht.“

Alles in allem kann man sagen, daß die neue Gewerbeordnungs-Novelle eine bessere Arbeitszeit im ganzen gebracht hat, wenigstens für die Industriezweige, in denen viel Frauenarbeit üblich ist. So wird der Befehlgebend der Weg geebnet, um zum gesetzlichen Maximalarbeitstag von zehn Stunden überzugehen und schließlich auch zur Einführung des freien Samstagnachmittags.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die zweite Zahlstellenkonferenz der christlichen Gewerkschaften am Niederrhein tagte am Christi-Himmelfahrtstage in Cleve. Gleichwie im Vorjahre in Geldern war auch jetzt wieder der Besuch ein sehr starker. Außer den Gästen und Teilnehmern anderer Korporationen waren 13 Verbände durch 227 Delegierte vertreten. Anstelle des erkrankten Vorsitzenden, Kollegen Cammann-Düsseldorf, eröffnete Kollege Schmitz-Düsseldorf die Verhandlungen. Mit einem Rückblick auf die vorjährige Tagung lenkte er die Aufmerksamkeit sogleich auf die Wichtigkeit der Konferenz, die heute mehr instruktiv sein würde, nachdem beim ersten Mal der Zusammenkunft in Geldern das agitatorische Moment im Vordergrund stand. Unter den erschienenen Gästen begrüßte er besonders den Vertreter des Bürgermeisters der Stadt, den Herrn Stadtkretär Meier. Ferner waren anwesend die Präsidenten der Arbeitervereine Cleve und Waterborn, der Gesellenpräses von Cleve und Herr Pfarrer Heinrichs von Waterborn. Nach Konstituierung des Bureau, wobei

Kollege Schmitz-Düsseldorf als erster und Kollege Meeter, Kartellvorsitzender, Cleve, als zweiter Vorsitzender gewählt wurden, erstattete Kollege Höblach-Düsseldorf den Bericht über den Stand der Bewegung.

Dem Berichte ist zu entnehmen, daß sich die Bewegung in der Zeit vom 1. Januar 1910 bis 1. April 1911 fast verdoppelt hat. Redner führt diese erfreuliche Aufwärtsentwicklung zum größten Teile auf die befruchtende Wirkung der lehrjahrgen allgemeinen Gewerkschaftskonferenz in Geldern zurück. Zahlenmäßig ergibt sich folgendes Bild: Am 1. Januar 1910 waren in 66 Zahlstellen 4935 Mitglieder vorhanden, am 1. April 1911 aber in 118 Zahlstellen 9041 Mitglieder. Die Zunahme beträgt also in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit 52 Zahlstellen und 4056 Mitglieder. Von den größeren Verbänden sind an der Steigerung hauptsächlich beteiligt die Textilarbeiter, die am 1. April 1911 in 17 Zahlstellen 3297 Mitglieder zählten (gegen 2530 am 1. Januar 1910), die Eisenbahnhandwerker und Arbeiter mit 18 Zahlstellen und 962 Mitglieder (1 und 25*), Tabakarbeiter 9 Zahlstellen und 910 Mitglieder (8 und 741), Nahrungs- und Genussmittelindustrie 4 Zahlstellen und 803 Mitglieder (2 und 257), Holzarbeiter 15 Zahlstellen und 701 Mitglieder (8 und 287), Lederarbeiter 6 Zahlstellen und 400 Mitglieder (5 und 282), Metallarbeiter 12 Zahlstellen und 580 Mitglieder (7 und 174), Bergarbeiter 7 Zahlstellen und 327 Mitglieder (3 und 206) usw. An der Aufwärtsentwicklung sind besonders stark beteiligt Krefeld (Zunahme 267 Mitglieder), Lobberich (+ 251), Geldern (+ 243), Kaldentirchen (+ 196), Xanten (+ 192), Uerdingen (+ 192), Himsbeck (+ 94), Greifath (+ 89) usw. Vertreten ist die christliche Gewerkschaftsbewegung in dem Bezirke, für den die Konferenz tagt (von Uerdingen, Krefeld, Kaldentirchen abwärts bis Cleve und Kreis Nees), in 49 Orten. Ortskarteile sind seit der letzten Konferenz drei neugegründet worden. Daß diese planmäßige Zusammenfassung der Kräfte außerordentlich segensreich gewirkt hat, geht daraus hervor, daß die Zunahme in diesen drei Orten allein 7 Zahlstellen und 524 Mitglieder beträgt.

Kollege Stegerwald-Köln hielt einen Vortrag über den „Kampf um die Weltanschauung im Wirtschaftsleben“, während Kollege Meeter-Düsseldorf das „Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu den konfessionellen Arbeitervereinen“ behandelte.

Die Diskussion hob noch besonders beachtenswerte Momente hervor für die Arbeit in nächster Zeit. Mit Recht forderte die Versammlung den Zuwachs aus den konfessionellen Vereinen. In treuer Waffenbrüderchaft müssen die beiden Organisationsarten dem Gedanken der christlichen Weltanschauung zum Siege verhelfen. Die jüngeren Statistiken haben dann aber auch gezeigt, daß der Prozentfuß der christlich organisierten in den konfessionellen Vereinen aus dem Grunde so niedrig ist, weil noch eine so große Anzahl der christlichen Gewerkschafter nicht den konfessionellen Ständevereinen angehört. Nach dieser Seite hin müßte zunächst Arbeit geleistet werden. Dann sind auch wiederum die noch nicht organisierten Mitglieder der konfessionellen Vereine schneller zu gewinnen. Die ca. 5000 bereits christlich organisierten Gewerkschafter, die ihrem Ständevereine noch nicht angehören, müssen vor allem in diesen hinein, nur so könne in gegenseitiger Ergänzung die Bewegung groß und erfolgreich zum Ziele geführt werden. In demselben Gedanken richtete der als Gast erschienene alte Vorkämpfer der christlichen Gewerkschaften am Niederrhein, Herr Pfarrer Heinrichs-Waterborn, erfreuende Worte an die Versammlung. Der Vorsitzende schloß nach fünfstündiger Dauer gegen 7 Uhr die reichhaltige Tagung, indem er alle bat, die gehörten Gedanken weiter fortzutragen, nicht heute und vielleicht morgen bloß, immer wieder möchten die Anregungen lebendig bleiben zum Segen der gesamten christlich-nationalen Arbeiterchaft wie unseres lieben deutschen Vaterlandes.

Terrorismus unter Tarifbruch. Der sozialdemokratische Machtkrieg zeigt sich wieder so recht bei der Tarifbewegung im Sattler- und Portefeullergerwerbe in Offenbach. Dort erklärte der Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes, Genosse W. Wurm, bei Beginn der Verhandlungen in der Schlichtungskommission, daß es seinem Verbands nicht möglich sei, mit Vertretern der christlichen Organisation zu verhandeln. Wohl sei man sich bewußt, daß man damit einen Tarifbruch begehe. Man sieht hieraus wieder, wie bei der Sozialdemokratie stets die Macht entscheidet, wie Macht vor Recht geht und was man von sozialdemokratischer Treue zu halten hat. Nur durch starke christliche Organisationen kann den Machtgelüsten der „Genossen“ wirksam entgegengetreten werden.

Die Annäherung an die Sozialisten. Die „geistige Annäherung der christlichen an die sozialistischen Gewerkschaften“ behandelt in der letzten Nummer das „Zentralblatt“ in einer Besprechung eines Buches von Professor Weber, worin dieser Vorwurf wieder gegen unsere Bewegung erhoben wird. Das „Zentralblatt“ verweist auf einen damals viel besprochenen Artikel in der „Kreuzzeitung“, die uns als taktisch unter die sozialdemokratische Führerschaft geraten hinstellte, weil wir uns „in Wettbewerb um die Gunst der Arbeiter mindestens so radikal benehmen zu müssen glaubten wie die sozialdemokratische Konkurrenz“. Wir schrieben damals u. a., so heißt es in dem Zentralblattartikel, „es sei das Entgegengesetzte der Behauptung richtig, daß bei den christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren „eine immer bedeutlicher werdende Hinneigung zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften“ stattgefunden habe. So ist z. B. im vorigen Jahre in Hunderten von christlichen Arbeiterversammlungen und in der Gewerkschaftspressen ausgesprochen worden, daß insofern der Streit um die Reichsfinanzreform für die christliche Arbeiterbewegung erwünscht gekommen sei, als er Ge-

* Die einzelnen Zahlen beziehen sich auf die Zahlstellen und Mitglieder am 1. Januar 1910.

legen, die, einmal mit allem Nachdruck hervorzuführen, daß die Stellung der christlichen Arbeiterbewegung zum Staat und zur Gesellschaft grundsätzlich eine ganz andere sei als die der Sozialdemokratie.

Eine Reihe von Äußerungen führender Personen und von literarischen Abhandlungen in Publikationen der christlichen Gewerkschaften boten Gelegenheit, das dem näheren zu belegen. Das damals Gesagte gilt auch heute noch. Und daß es sich hier nicht um bloße Theorie handelt, sondern um grundsätzliche Auffassungen, die die christlichen Gewerkschaften auch unter den schwierigsten Verhältnissen praktisch zu betätigen gewillt sind, beweist ihre Geschichte. So hat z. B. die größte christliche Gewerkschaft, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, in den letzten fünf Jahren nicht weniger als dreimal bei größeren Aktionen aus Gründen, die in der Sache selbst lagen, eine Haltung eingenommen, die der sozialdemokratischen schürstrocken entgegensteht war. (Berggesetznovelle 1905, Grubenkontrollsystem [Sicherheitsmänner], Ruhrbergarbeiterbewegung 1910.) Die ausgangs des letzten Jahres vorgenommene Urabstimmung dokumentierte schlagend das Verständnis der Mitglieder für diese sachliche Politik ihrer Führer. In andern Verbänden war's, wenn die sachliche Situation es erforderte, genau so. (Kölnner Holzarbeiterstreik usw.) Schließlich zeugen die Vorgänge bei der Reichsversicherungsordnung dafür, daß die Bewegung als Ganzes weit davon entfernt ist, sich in ihrer Haltung von der Sozialdemokratie beeinflussen zu lassen bzw. agitatorische Momente in den Vordergrund zu rücken, möge auch die Situation noch so stark den Anreiz dazu bieten.

Allerdings — und hier liegt des Pudels Kern, soweit es sich um die leicht wandelbare Meinung gewisser bürgerlicher Kreise handelt — beanspruchen die christlichen Gewerkschaften, selbständig darüber zu urteilen und und zu bestimmen, ob sie in einer gegebenen Situation mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften zusammen oder aber eigene Wege gehen sollen. Man kann sich noch viel zu wenig an den Gedanken gewöhnen, daß eine nichtsozialdemokratische Arbeiterbewegung kein Versuchskaninchen sein soll: auch sie muß in ihrem eigenen Interesse ein Dreiräder Außenstehender abweisen. Die praktische Politik der regierenden und gesetzgebenden Körperschaften fördert sich häufiger nicht an nett abgezielte theoretische Deduktionen, und meist nicht zum Schaden der Volksgesamtheit. Und so müssen schließlich auch die christlichen Gewerkschaften in vielen Fragen abweichend von den Ratshälften der Theoretiker — womit nicht gesagt sein soll, daß wir die Theorie an sich gering einschätzen — ihre eigenen Wege gehen, weil für ihr Verhalten eben häufig Gesichtspunkte und Tatsachen bestimmend sind, die Außenstehenden im einzelnen gar nicht bekannt sein können. Ebenso entschieden müssen die christlichen Gewerkschaften den Gedanken abweisen, sich zum Unterbieten bei Lohnforderungen und dergl. mißbrauchen zu lassen. Wenn Interessenten auf Nichtarbeitersseite in ihrem Serärgertsein darüber aus immer wieder der Annäherung an die Sozialdemokratie verdächtigen, so

trifft das nicht uns, sondern beleuchtet ihre eigene Unkenntnis der Zusammenhänge.

Unser österreichischer Bruderverband im Jahre 1910. Mehr noch als in Deutschland lag in Oesterreich das Textilgewerbe im Jahre 1910 darnieder. Wenn unser Bruderverband dennoch diese Zeit ohne wesentliche Mitgliederverluste überwinden konnte, so zeugt das von einer gesunden Grundlage und einer Kräftigkeit der inneren Organisation.

Der Mitgliederbestand ging von 10194 Ende 1909 auf 10027 Ende 1910 zurück, hat also nur einen ganz geringen Rückgang erfahren. Daß der Verband eine tatsächliche Gesundung der Mitgliederverhältnisse zu verzeichnen hat, geht aus der sinkenden Tendenz der Mitgliederfluktuation hervor. Es traten Mitglieder wieder aus im Jahre 1909 3263 und im Jahre 1910 bloß 2094. Die Zahl der Ortsgruppen ist stabil geblieben, sie beträgt 150. Unsere nächsten Aufgaben müssen darin liegen, sagt das Verbandsblatt, „mit aller Kraft mit der Agitation einzusetzen, mehr und mehr Mitglieder dem Verbands zuzuführen und die gewonnenen Mitglieder zu erhalten. Dem systematischen Ausbaue des Vertrauensmännerkomitees kann niemals genug Aufmerksamkeit entgegengebracht werden. Als bewährtes Mittel zur Gewinnung neuer Mitglieder ist die Hausagitation oder die Agitation in den Betrieben. Dort, wo dieselbe richtig und ausdauernd durchgeführt wurde, sind stets Erfolge erzielt worden.“

Die Einnahmen beziffern sich inklusive eines Kassenbestandes von 10106,53 Kronen auf 88507,65 Kronen, die Ausgaben auf 77455,34 Kronen. Das Vermögen beträgt 27364,07 Kronen. Im Vergleich zu den Einnahmen sind die Ausgaben sehr groß; es wird Sorge der Verbandsleitung sein müssen, dieses Verhältnis zu verbessern. An Unterstützungen leistete der Verband im Berichtsjahre:

Streikunterstützung	21469,71 Kronen
Magregelung	117,—
Arbeitslosen	18869,75
Kranken	13327,87
Reise	609,65
Entbindung	911,—
Sterbe	1210,—

Die Gesamtunterstützungssumme beläuft sich demnach auf 56516,98 Kronen. Der Verband führte im Jahre 1910 69 Bewegungen und Streiks, von denen nur fünf erfolglos verliefen. Der Berichterstatter schließt mit den Worten: „Es kann aber ruhig gesagt werden, daß unser Verband sich zu einer achtunggebietenden Organisation entwickelt hat, mit der bereits gerechnet wird. Bedeutende Verbesserungen im Arbeitsverhältnis hat der Verband vielen Mitgliedern gebracht und sein möglichstes dazu beigetragen, die Textilarbeiterschaft Oesterreichs auf eine höhere Kulturstufe zu stellen.“

Wir wünschen unserem Bruderverbande im laufenden Jahre eine kräftige Aufwärtsentwicklung.

Buchdruckerverband und Maifeier. Daß der Verband der deutschen Buchdrucker ebenso wie alle übrigen „freien“ Verbände von der politischen Sozialdemokratie umklammert und ihr dienstbar ist, beweist u. a. seine Beteiligung am Maifest oder am sogenannten Weltfeiertag. Der „Typograph“, das Organ des Gutenbergbundes, weist darauf hin, daß der „Korrespondent“, das Organ des Verbandes, einen sieben Spalten langen Maifeierartikel geschrieben hat und macht dann u. a. folgende Mitteilungen:

„In den offiziellen Mitteilungen Berlins wird auf der ersten Seite angekündigt: „Am 1. Mai bleibt das Bureau geschlossen“. Dasselbe ist der Fall in anderen Orten. Den arbeitslosen Buchdruckern von Berlin wurde in dem Lokal, in dem die Maifeier stattfand, durch den Vorsitzenden des Schiedsgerichts, Scheffler, die Extraintervention ausbezahlt. Besonders bemerkt wird in den Mitteilungen: „Nur die in der Versammlung Anwesenden erhalten die Unterstützung“. So zwingt also der „neutrale“ Buchdruckerverband seine arbeitslosen Mitglieder in die sozialdemokratische Demonstrationsversammlung. Die nichtsozialistischen Mitglieder gehen leer aus. In der Versammlung selbst hielt der Gauvorsitzer Massini die vorgeschriebene Rede. Die „Rhein Zeitung“ aus Köln (Nr. 101) berichtet freudestrahlend: „In dichten Massen schoben sich auch die Scharen hinauf zur Bodbrauerei, wo die Männer von der schwarzen Kunst . . . ihre Maifeiern musterten“. Ähnlich war es in Stuttgart und an anderen Orten. In Stuttgart erhielten die Arbeitslosen zwei Mark Maifeierunterstützung. Im offiziellen Wochenzettel wird aufgeföhrt, sich zahlreich am Umzug und den Abendfeiern zu beteiligen. Die Herren Offizinstaffierer wurden er sucht, eine Einzeichnungsliste zirkulieren zu lassen, um dann die nötigen Namarken beim Gauvorsitzer Knie in Empfang zu nehmen.

So finden wir hier wie in verschiedenen Orten den Buchdruckerverband „mitten mang“ unter den Sozialdemokraten, um im Sinne der „Rheinischen“ und „Leipziger Volkszeitung“ zu demonstrieren. Der „Korrespondent“ besitzt sogar die Dreistigkeit, zu schreiben: „Am 1. Mai eines jeden Jahres demonstrieren die Arbeiter. . . Seit 22 Jahren steht die Maifeier auf dem Programm der Arbeiter aller Kulturstaaten“. Als ob es überhaupt nur noch sozialdemokratische Arbeiter gäbe. „Die Arbeiter“, „der Arbeiter“, seit wann beteiligen sich denn an dem sozialdemokratischen Hübnug die christlichen Arbeiter? Und solcher gibt es doch noch Gott sei Dank — nicht leider, wie der „Korrespondent“ meint — eine ganze Anzahl.“

Arbeitszeit und Arbeitsleistung. Die Wirkungen der kürzeren Arbeitszeit, die seit dem 1. Januar 1910 für die Arbeiterinnen in Kraft ist und die in den meisten Fällen auch eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Männer zur Folge hatte, beleuchtet der Gewerbeinspektionsbericht für den Bezirk Köln in interessanter Weise. Es heißt da:

Eine Reise durch die Vereinigten Staaten Amerikas.

I.

Auszug aus einem Vortrage des Kollegen Giesberts, gehalten in einer Versammlung des christlichen Gewerkschaftsverbandes Düsseldorf.

Die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten Amerikas können das lebhafteste Interesse des deutschen Arbeiters beanspruchen. Denn 1. wohnen in den Vereinigten Staaten Millionen Deutsche. Leute, die aus unserem Vaterlande in den Zeiten ausgewandert sind, als bei uns die wirtschaftlichen Verhältnisse schlechter waren, als sie heute sind. Und das Deutschland hat den Vereinigten Staaten nicht die schlechtesten Elemente gebracht. Wo ich in Amerika hinkam, brante man mir das Bedauern darüber aus, daß aus Deutschland in den letzten Jahren so wenig Einwanderer kämen. Statt dessen würden im Süden Afrikaner und Neger eingeföhrt, sowie russische Juden, Polen, Italiener. Wir werden aber nicht sobald Kräfte an Amerika abgeben können. Es werden wesentlich solche sein, die hoffen, durch Tüchtigkeit und Intelligenz und durch das, was sie gelernt haben, dort besser fortzukommen.

Der 2. Grund der Bedeutung Amerikas für uns ist, daß die amerikanische Industrie in steigendem Maße mit der deutschen in Wettbewerb tritt. Ganz getoß wird die deutsche Industrie sich als ganz gewaltigen Konkurrenzfaktor darstellen; deshalb hat unsere Industrie aber ein Interesse daran, zu erfahren, auf welcher Grundlage dort die Industrie steht, wie die Arbeitsmethode und -verhältnisse sind, und ob wir etwa Gefahr laufen, einstmal von amerikanischen Konkurrenten auf dem Weltmarkte unterdrückt zu werden. Ich glaube nun, daß wir noch Jahrzehnte lang erfolgreich den Wettbewerb durchzuführen können.

Amerika ist ein großes, reiches Land, das Zukunft hat, mehr wie jedes andere Land der Erde, von dem man sich ein Schicksal erwarten kann, daß es nicht nur das Land der Zukunft, sondern auch das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ sei.

Keine Reise war aber auch deshalb für unsere Arbeiterklasse interessant, weil sie lediglich auf sozialpolitische Grundlage erfolgte. Der Zentralverein der deutschen römischen Katholiken hält alljährlich einen Katholikentag ab, ähnlich wie der deutsche, nur auf anderem Fundament. Der Verein hat bisher die soziale Frage nicht so in den Vordergrund gestellt, wie es für

amerikanische Verhältnisse wohl notwendig wäre. Deshalb ist er vor allem durch deutsches Beispiel veranlaßt worden, einen deutschen Arbeiter über Arbeiterbewegung reden zu lassen und ihm gleichzeitig Gelegenheit zu geben, in einer Reihe amerikanischer Großstädte zu sprechen. Amerika hatte bisher noch keine soziale Frage, wie wir sie haben. Dort konnte der, der schaffte, es zu etwas bringen. Aber das gilt heute nicht mehr. Allgemach merkt ganz Amerika, daß die soziale Frage brennend wird.

Zweck meiner Vortragsreihe war, Orientierung zu schaffen über die deutsche soziale Gesetzgebung und die deutsche Arbeiterbewegung. Ich habe im ganzen 27 Städte besucht und 25 Vorträge gehalten. Redner legt klar, daß diese Tournee ein großer Gewaltmarsch war, da die Städte, in denen er sprach, bis zu 40 Schnellzugstunden auseinanderlagen. Für mich war es vor allem darum zu tun, Land und Leute und die Arbeiterverhältnisse kennen zu lernen, und es gelang umso mehr, als man in den einzelnen Städten die nötigen Vorbereitungen schon vorher getroffen hatte. Auf diese Weise habe ich vielleicht mehr von Amerika gesehen als mancher, der Jahre lang dort herumgereist ist, und ich habe selbst dadurch vieles gelernt.

Die Vereinigten Staaten sind 17 mal so groß als Deutschland, haben jedoch nur 91000000 Einwohner, während wir 65000000 haben. Während bei uns auf den Quadratkilometer 120 Menschen kommen, sind es in den Vereinigten Staaten in den dichtest besiedelten Strecken 50, während es im äußersten Westen oft höchstens 5-10 sind. Daraus ergibt sich, daß nach allen Seiten die unbegrenzte Möglichkeit zur Bevölkerungszunahme besteht. Das Land kann noch Millionen Arbeit geben, weil es nach der agrarischen Seite äußerst reich ist und dann, weil es über unbegrenzte Naturschätze verfügt und durch die günstige Lage an der See nach allen Seiten Expansionsmöglichkeit hat.

Redner verbreitet sich dann über die Ureinwohner, die Indianer, deren Schicksal ein trauriges ist; vielfach müssen sie sich von ihren Eroberern ihren Unterhalt erbetteln. Im ganzen ist Amerikas Bevölkerung die bunteste Gemische aller Länder. Neger, Nijunglinge und Weiße, Chinesen und Japaner; die intelligentesten Rassen, die Amerika die geistige Kultur geben, sind die Engländer, speziell Irländer, und die Deutschen. Nur die freibeitliche Gesetzgebung dieses Landes hat es möglich gemacht, daß Amerika sich allgemein entwickeln konnte zu einer gewissen nationalen Bildung. Die Amerikaner sind selbstbewußt und stolz auf ihr Land; sie sind überzeugt, daß aus ihrem Lande eine einheitsliche Nation hervorgehen werde. Sie versuchen das hauptsächlich dadurch zu erreichen, daß

sie ihrer Gesetzgebung vollständige Toleranz auf dem Gebiete der Politik, Religion und des Wirtschaftslebens geben haben. Kein Land achtet so die gegenseitige Ueberzeugung. Aber diese Toleranz hat doch einen Unterton von Religion.

Redner bespricht dann die zwei Hauptkriege des Amerikaner: den Unabhängigkeitskrieg gegen England und den des Nordens gegen den Süden zur Sklavenbefreiung. Der letztere hatte allerdings für die Sklaven insofern Nachteile, als sie ihre Freiheit nicht in der rechten Weise zu nutzen verstanden. Das Verhältnis zwischen Weißen und Schwarzen ist verschiedenes: im Süden streng durchgeführte Trennung, im Norden gibt es keinen Unterschied. Im Süden nehmen sie dienende Stellung ein, im Norden sind sie selbständig, oft als Handwerker. Aber die Frage kann einmal akut werden wegen der ungeheuer starken Vermehrung der Neger.

Redner geht nun zur wirtschaftlichen Seite Amerikas über. Amerika kam anfangs noch lediglich als landwirtschaftliches Land in Frage, das Holz exportieren konnte, und als man in Kalifornien Gold entdeckte, war es das Land, um schnell reich zu werden. Sein Reichtum an Kohlen und Mineralien ist erst in letzter Zeit bekannt geworden. Mit dem Einsetzen der Landwirtschaft wurden die Urwälder ausgerottet, der uralte Humusboden gestattete reiche Ernte ohne jede Düngung. Für die Landwirte war die erste Frage, Maschinen zu erfinden, um den etwas schweren Boden zu bewegen und die überschüssigen Produkte auf den Markt zu bringen. Die deutsche Zollgesetzgebung hatte sich jahrelang gegen die amerikanische Einfuhr gewandt.

Bei der Landwirtschaft wurden die vielen Mineralien entdeckt und so entstand die fabelhafte Industrie. Die Vereinigten Staaten produzieren 33 Prozent allen Goldes und Silbers, das in der Welt gefunden wird. Der bebaubare Boden bildet ein Fünftel des gesamtbebaubaren Bodens der Erde. Es hat ca. 50000000 Quadratkilometer Kohlenfelder, gegen ca. 11000000 in Deutschland. Amerika hat also an allen Rohstoffen einen Reichtum, wie kein anderes Land der Erde, und das ist die Voraussetzung für seine Industrie.

Vor allem unterscheidet es sich gegenüber den anderen Ländern in der Art und Weise seiner Industrie und im Ausbau seiner Naturschätze. Es handelt sich bei ihm nicht darum, alles sorgfältig abzubauen sondern möglichst rasch reich zu werden. Geld verdienen! Schnell Geld verdienen! ist die Losung. Eine Rücksicht im Geschäft ist ausgeschlossen. Das gilt sowohl hinsichtlich der Ausnutzung der Bodenschätze, als auch hinsichtlich der Ausnutzung des Menschen. Nirgend wird solcher Staubbau

Der durch die Verkürzung der Arbeitszeit hervorgerufene Rückgang der Arbeitsleistung kann in der Textilindustrie nur zum Teil durch angelegte Arbeit ausgeglichen werden, da diese durch den Gang der Maschine beschränkt wird. Die Tätigkeit kann jedoch in der kürzeren Arbeitszeit mit größerer Sorgfalt ausgeübt werden, wodurch zweifellos nicht nur bessere, sondern auch mehr Arbeit geleistet wird. Man wird im allgemeinen nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß der Produktionsausfall nicht unmittelbar der verminderten Arbeitszeit entspricht, sondern daß er bei einer Verkürzung der Schicht um den zehnten Teil noch weit unter dem zwanzigsten Teil der Tagesleistung bleibt. Es wäre nicht richtig, wenn die Verminderung der Rentabilität ebenso hoch geschätzt würde, da hierbei zu berücksichtigen ist, daß sich die Kosten des Kraftbedarfs, der Beleuchtung usw. verhältnismäßig stark vermindern. Einer der tüchtigsten Großindustriellen erklärte, es sei nicht ausgeschlossen, daß er künftig aus ähnlichen Erwägungen mit der Arbeitszeit noch weiter heruntergehen würde.

Man sieht daran, wie grundlos die von vielen Industriellen erhobenen Beschuldigungen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit sind.

Freche Spitzbuben. In Nr. 18 der „Textilarbeiter-Zeitung“ nagelten wir die Redaktion des Hirsch-Dunder'schen Verbandsblattes darauf fest, daß sie ihren Artikel zur Begrüßung der Krefelder Generalversammlung fast wörtlich aus unserm Organ abgeschrieben habe. Darauf antwortet das Blatt in Nr. 21 vom 26. Mai also:

„Wir erklären diese perfide Verdächtigung als unwahr. Wenn der betr. Artikel sich decken sollte mit einem im christlichen Organ, so ist diese Ähnlichkeit wohl zu suchen in der Materie des behandelten Stoffes. Wir haben aber keine Zeit und Lust sämtliche Gewerkschaftsblätter auf Jahre hinaus nachzuprüfen, ob schon etwas derartiges geschrieben wurde.“

Die „Textilarbeiterzeitung“ scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, gegen uns nur mit Verdächtigungen zu operieren. Diese Art und Weise, Agitation zu betreiben, richtet sich von selbst.“

Wir bringen nun zum Vergleich den in Betracht kommende Teil unseres Artikels zur Augsburger Generalversammlung und den Hirsch-Dunder'schen Artikel ganz, mit Ausnahme von 14 Schlusszeilen, die auch noch einige Wendungen enthalten, die wörtlich in unserm Artikel zu finden sind.

Unser Organ Nr. 37 vom 12. 9. 1908:

„Unsere Generalversammlung tagt auf historischem Boden, und wenn unsere Mitglieder diese Zeilen lesen, dann wird der schauende Eisenbahngang die delegierten Kolleginnen und Kollegen bereits nach dem Tagungsorte bringen. Bekannt, die die Arbeit zur Stärkung und Ausbreitung des christlichen Textilarbeiterverbandes schon früher zusammenführte, werden ein freundiges

Hirsch-Dunder'sches Organ Nr. 15 vom 14. April 1911:

„Die Delegierten unseres Gewerkschafts treten Oftern zum ersten Male in Krefeld zusammen. Unsere Generalversammlung tagt somit in einer Stadt, welche in der Textilindustrie des Rheinlands mit an der Spitze steht, und wenn unsere Mitglieder diese Zeilen lesen, dann wird der schauende Eisenbahngang die Delegierten nach dem Tagungsorte bringen oder die näher

getrieben. 40 Prozent der Kohlen werden nicht abgebaut, da man nur die stärksten Flöze auszieht. Die Schächte werden höchstens 100 Meter tief getrieben, während sie bei uns bis 1000 Meter gehen. Der Amerikaner hat für alles Sinn, nur nicht für liebevoll pflegende Sorgfalt. Er hat Sinn für reiches und schnelles Arbeiten, auch für gewagte Projekte, aber nicht für Geduldarbeit und Pflege. Das ist auch begreiflich, wenn man bedenkt, daß er in Ueberfluß und Reichtum groß geworden ist.“

Wie den Wäldern erging es auch der Landwirtschaft. Auch hier Raubbau, solange die Erde fruchtbar. Jetzt dürfte der Raubbau aber bald aufhören, denn man erkennt allmählich die Notwendigkeit und Wichtigkeit der intensiven Landwirtschaft. Man legt deshalb auch größten Wert auf die landwirtschaftliche Maschinenindustrie, die sich erheblich entwickelt. Man hat das Bestreben, die Menschenkraft immer mehr durch Maschinenkraft zu ersetzen. Redner verbreitet sich dann über die energiereichen Bestrebungen, auch die Prärien der Landwirtschaft dienstbar zu machen, indem man ihnen durch Dämme, die in allen Dimensionen mit vielen Kilometern bemessen werden, Wasser zuführt.

Und solche Anschauungen, wie sie im allgemeinen herrschen, überträgt man auch auf die Arbeitsmethode. Die gelehrte Arbeit ist sehr teuer; deshalb zeigt sich auch hier das Bestreben, die Menschenkraft möglichst durch Maschinen zu ersetzen. Und die Maschinen arbeiten alles wie die Hand. Dazu kommt eine raffiniert ausgeklügelte Arbeitsteilung. Ebenso raffiniert ausgeklügelte ist das Prämienystem. Der Fabrikbeamtenstand ist vielfach käuflich. Die Einwanderer sind meist ungelernete Arbeiter. Für diese sind die Löhne sehr gering; die der gelehrten Arbeiter dagegen sind sehr gut und steigen fortwährend. Ich habe gefunden, daß ungelernete Arbeiter in Stahlwerken, Brauereien, Maschinen- und Waggonfabriken durchweg nicht mehr als 4-6 Mark erhalten. Das sind für Amerika miserabel schlechte Löhne. Die Löhne der gelehrten Arbeiter haben in Chicago meist eine annehmbare Höhe, zum Teil eine sehr hohe. Wenn richtig ist, was man mir sagte, verdienen Installateure pro Stunde 70-75 Cents oder 2,80-3,00 Mark; Maurer 60-66 Cents gleich 2,40 Mark; Holzarbeiter haben gleich hohe Löhne. Allerdings haben die Gewerkschaften hier großen Einfluß. Andererseits trägt auch die fabelhafte Entwicklung Chicagos viel dazu bei. Bei der ungeheuren Bautätigkeit ist der Bedarf an Arbeitskräften sehr groß.

Wiedersehen feiern; aber auch diejenigen, die sich noch niemals sahen, werden sich fest die Hand drücken zum frohen Willkommen und sich als vertraute Kollegen begrüßen, denen ein großes Ziel gemeinsam ist, die für eine gemeinsame Aufgabe ihr ganzes Können opfern, die sich helfen und unterstützen in echt kameradschaftlichem Geiste und die ein Wollen zusammenführte: das Wohl des Verbandes zu fördern. Geistig waren sie längst verbunden. Das goldene Band edler Kameradschaftlichkeit und Solidarität hat sie und die sie vertreten umschlungen seit dem Tage, wo sie in die Reihen der um ihre Rechte und geordneten Wohlstand kämpfenden christlichen Textilproleten eintraten; an dem Tage sind sie Brüder geworden und liebe Bekannte, wenn sie auch viele hundert Meilen von einander getrennt wohnen. Denn der Raum kann nicht trennen, wenn ihr Geist auf ein Streben gerichtet ist und die Klänge freudiger Verbandsarbeit harmonisch ineinander tönen. Ein gemeinsames Wollen befeelt sie, eine große Kulturmission hat sie zu gemeinsamen Trägern eines großen Gedankens gemacht. Als Angehörige eines Standes haben sie das gemeinsame Interesse, ihren Stand frei zu machen aus einer falschen, ungerechten Bevormundung und Oberherrschaft, ihn wirtschaftlich und geistig zu heben, ihm ein soziales Recht zu sichern und die gerechte Teilnahme an den Gütern der neuen Kultur zu erobern. Und um das Mittel, das in der Befreiung dieser Standesaufgabe ihnen allein helfen soll und helfen kann, ohne das unser Stand wirtschaftlich und sozial nichts ist, nicht sein und nichts werden kann, zu prüfen und weiter zu festigen und zu kräftigen, sind sie alle nach Augsburg gekommen.

Der Solidaritätsgedanke der christlichen Textilarbeiterschaft hat vor keiner Landesgrenze Halt gemacht. Ob eure Heimat im Osten oder Westen des Vaterlandes liegt, ob ihr die harte Sprache des Norddeutschen führt oder ob eure Rede im weichen Accent des Süddeutschen klingt — alle seid ihr eine „Sippe“. Alle habt ihr das eine Interesse, eine starke, leistungsfähige Berufsorganisation zu besitzen. Und wenn sich alle Delegierten von diesem Gemeinschaftsgedanken leiten lassen bei Beratung der Anträge und Resolutionen, dann werden die Verhandlungen glatt von statten gehen und ein befriedigendes Ergebnis für den ganzen Verband zeitigen. Selbsthilfe neben Staatshilfe, stark ausgeprägter Idealismus, innerlich erzeugte herzschwarme Solidarität, Streben nach geistiger, wirtschaftlicher und sozialer Hebung des Standes, Hinarbeiten auf die soziale Schulung ihrer Glieder, lebendige Anteilnahme an den sozialen Gedanken, Fühlen und Schaffen unserer Zeit; das ist die Grundstimmung unserer christlichen Textilarbeiterbewegung, die in den Verhandlungen und Beschlüssen des Verbandes harmonisch widerklingen soll.“

Geistig waren sie längst verbunden. Das goldene Band edler Solidarität hatte sie und alle, die sie vertreten, umschlungen seit dem Tage, wo sie in die Reihen der um ihre Rechte und ihre Existenz kämpfenden Kollegen und Kolleginnen eintraten; an dem Tage sind sie lebendige Bekannte geworden, wenn sie auch viele hundert Meilen von einander getrennt wohnen. Der Raum kann nicht trennen, wenn der Geist auf ein Streben gerichtet ist und die Klänge freudiger Organisationsarbeit harmonisch ineinander tönen. Ein gemeinsames Wollen befeelt sie, eine große Kulturmission hat sie zu gemeinsamen Trägern eines großen Gedankens gemacht. Als Angehörige eines Standes haben sie das gemeinsame Interesse, ihren Stand frei zu machen aus einer falschen, ungerechten Bevormundung und Oberherrschaft, ihn wirtschaftlich und geistig zu heben, ihm sein soziales Recht zu sichern und die gerechte Teilnahme an den Gütern der neuen Kultur zu erobern. Um das Mittel, das in der Befreiung dieser Standesaufgabe ihnen allein helfen soll und helfen kann, ohne das unser Stand wirtschaftlich und sozial nichts ist, nicht sein und nichts werden kann, zu prüfen, weiter zu festigen und zu kräftigen, sind sie alle nach Krefeld gekommen.

Der Solidaritätsgedanke unserer Kollegen und Kolleginnen hat vor keiner Landesgrenze Halt gemacht. Ob die Heimat im Osten oder Westen, im Norden oder Süden liegt, alle haben sie das eine Interesse, eine starke, leistungsfähige Berufsorganisation zu besitzen. Und wenn sich alle Delegierte von diesen Gemeinschaftsgedanken leiten lassen bei Beratung der Anträge und Resolutionen, dann werden die Verhandlungen glatt von statten gehen und ein befriedigendes Ergebnis für unseren Gewerkschaften zeitigen.

Selbsthilfe, innerlich erzeugte herzschwarme Solidarität, Streben nach geistiger, wirtschaftlicher und sozialer Hebung des Standes, Hinarbeiten auf die soziale Schulung ihrer Glieder, lebendige Anteilnahme an den sozialen Gedanken, Fühlen und Schaffen unserer Zeit; das ist die Grundstimmung unserer christlichen Textilarbeiterbewegung, die in den Verhandlungen und Beschlüssen des Verbandes harmonisch widerklingen soll.“

Wir überlassen es dem Urteile unserer Leser, mit welchem Recht das Hirsch-Dunder'sche Blatt von einer „perfiden Verdächtigung“ redet und in wie weit die Ähnlichkeit der beiden Artikel in der „Materie des behandelten Stoffes“ zu erklären ist.

Durch den Arbeitsnachweis zum Arbeitsmonopol. Die Genossen werden immer frecher in dem Mißbrauch des Arbeitsnachweises als Maßregelungsinstrumente für zahlreicher oder anders organisierte Arbeiter. Infolge ihres zahlenmäßigen Übergewichtes über andere Organisationen haben sie viele von Unternehmern und Arbeitern auf Grund tariflicher Abmachungen errichtete Arbeitsnachweise förmlich in der Hand und benutzen sie denn auch weidlich als Kampfmittel gegen Andersdenkende.

Der „Gewerkverein“, das Zentralorgan der S.-D. Gewerkschaften, brachte in seiner Nr. 39 vom 17. Mai eine Reihe von Fällen aus der Praxis des paritätischen Arbeitsnachweises für Holzarbeiter in Bremen. Heute sind von dem Nachweisbeamten erst dann eingestellt worden, nachdem sie sich auf Verlangen des Beamten auf dem Bureau des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes als Mit-

glieder dieser Organisation hatten eintragen lassen und nachdem sie das Eintrittsgeld und einen Wochenbeitrag entrichtet hatten. S.-D. organisierte Arbeiter haben überhaupt keine Arbeit angenommen bekommen, nachdem sie dem Verlangen des Arbeitsnachweises zum „roten“ Holzarbeiterverbande überzutreten, ein entschiedenes „Nein“ entgegengesetzt hatten. „Dort, wo die Genossen die Arbeitsnachweise mit verwalten“, sagt der „Gewerkverein“, sind diese schlimmer als die Arbeitgeber-Nachweise.“

Wie anmaßend die Genossen bereits geworden sind, geht ferner aus einem Artikel des Organs des christlichen Holzarbeiterverbandes hervor, worin mehrere Erfahrungen, die dieser Verband mit den Genossen in der Frage des Arbeitsnachweises und des ganzen Tarifwesens machte, mitgeteilt sind. In Mülhausen i. E. verlangten die „freien“ Holzarbeiter in einem Tarifvertragsentwurf, daß die Unternehmer sich verpflichten, bei Arbeiteranstellungen „nur den Verbandsnachweis zu benutzen“. Das Verlangen wurde gestellt, obgleich in Mülhausen über 100 Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes beschäftigt sind. In Schweningen in der Frage des Vertragsentwurfes der „Freien“: „Offene Stellen werden beim Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes angemeldet und verpflichtet sich der Verband, nach Möglichkeit für geeignete Arbeitskräfte zu sorgen.“ In Siegen a. S. verlangte in dem Vertragsentwurf der „roten“ Holzarbeiter eine Bestimmung, daß die Arbeitsvermittlung nur durch den Nachweis der „roten“ Zahlstelle geschehe. Bei Beschwerden könnten sich die Arbeitgeber an den Vorsitzenden der „roten“ Zahlstelle wenden.

So versuchen die Genossen, durch den Arbeitsnachweis zum Arbeitsmonopol zu kommen. Unsere christlichen Verbände müssen diese Bestrebungen aufmerksam verfolgen und mit allen Mitteln gegen sie ankämpfen, weil sie eine eminente Gefahr für sie in sich bergen.

Die Geister, die sie riefen. Es ergiebt den Genossen wie dem Zauberlehrling, der die Geister nicht bannen konnte, die sie selbst gerufen hatte. Mit dem Vertrauen der „freien“ Mitglieder zu ihren Führern und ihrer Organisation und mit der inneren Geschlossenheit der „roten“ Verbände geht es von Jahr zu Jahr mehr bergab. Der anarchische Gedanke hat in den Kreisen der „freien“ Mitglieder tiefere Wurzeln geschlagen, als die Führer zugeben wollen. Die beendete Samtweberbewegung in Krefeld bildet einen neuen Beweis dafür.

Der „rote“ Textilarbeiter führt in seiner letzten Nr. 21 lebhaft Klagen darüber, daß sich die „frei“-organisierten Samtweber von unverantwortlichen Feyern, von unvernünftigen Anarchos die Ohren voll hängen ließen und mit ihnen den Beamten ein „Kreuzige sie! Kreuzige sie!“ zuschrien. Das sei doch ein Skandal, eine tiefbedauernde Erscheinung. Sollte ein Entscheidungskampf mit den Unternehmern am Niederrhein geführt werden, dann müsse die Arbeiterschaft von einem ganz anderen Geiste befeelt sein als es heute der Fall wäre. Die Krefelder Arbeiterschaft sei noch weit davon entfernt, eine festgeschlossene, gut geschulte disziplinierte Arbeiterschaft zu sein.

Wenn der „rote“ Textilarbeiter meint, das sei alles eine Folge der Hege der Anarchos, dann sieht er die Dinge sehr oberflächlich an. Die Erscheinungen einer bedenklichen Lockerung des Disziplins und des Vertrauens unter den „freiorganisierten“ kann man in vielen Orten beobachten. Das ist eine natürliche Folge der „Einheit von Partei und Gewerkschaft“, der Wühlarbeit, die die sozialdemokratische Parteipresse seit Jahren gegen die Gewerkschaften und jeden gesunden gewerkschaftlichen Sinn überhaupt betrieben hat, der rüden, radikalen und revolutionären Sprache, die der „Textilarbeiter“ mit Vorliebe redet, der Hege, die er mit samt seinem Beamtentum gegen unsere Organisation und ihre Führer geschürt hat. Das alles rächt sich jetzt bitter. Der „rote“ Verband wird es noch öfter und noch tiefer zu fühlen bekommen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Und es gibt Menschen, die ihr eigenes Grab graben.

Sozialdemokratie und Wohlthätigkeit. In vielen Städten unseres Vaterlandes werden, einer Anregung und einem Beispiele der Königin von Belgien folgend, Blumentage (sogenannte Margueritentage) abgehalten, deren Reinerlös irgend einem wohlthätigen Zwecke zu Gute kommt. Man kann gewiß über diese Art des Wohlthuns zweierlei Meinung sein, aber es ist doch ein gutes Mittel, viele Tausende von Mark für die Armen der Stadt zusammenzubringen.

Auch Düsseldorf hatte unlängst seinen Blumentag, zum Besten der armen Wöchnerinnen und der Säuglingspflege. Die ganze Stadt war freudig erregt schon lange vor dem Blumentage, alles war bereit, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen — mit Ausnahme der sozialdemokratischen „Düsseldorfer Volkszeitung“. Am letzten Tage vor dem Margueritentage schrieb sie einen fanatischen, aufheisenden Artikel, dessen Schlusssatz in die Anforderung an die Genossen ausklang, „selbstverständlich, wenn ihnen Blumen angeboten werden, sie höflich aber entschieden abzulehnen“. Man war in Düsseldorf mit Recht allgemein entrüstet über diesen bodenlosen Fanatismus, der selbst den

armen Wäscherinnen und Säuglingen das Geld für die notwendige Pflege zu entziehen bereit war. Selbst den eigenen Genossen hat der Standpunkt ihres Blattes nicht gefallen, denn man sah am Tage selbst kaum einen Mann, der seine Wohlthatigkeitsblume im Knopfloch hatte. Sie dachten vernünftiger und menschlicher als die Redaktion der „Volkszeitung“.

Aber das ist es nicht allein, was in Düsseldorf allgemeine Entrüstung hervorrief und was die ganze Veranlagung des „roten“ Blattes treffend zeichnet. Die „Volkszeitung“ kam mit ihrer Aufforderung an die Genossen, keine Blumen zu kaufen, am letzten Tage vor dem Blumensonntage. Bis dahin hatte sie sich jeder ablehnenden Aeußerung enthalten, wohl aber mehrere Wochen hindurch große Inserate der Blumentag-Kommission gebracht und dadurch mehrere hundert Mark aus dem Blumentag eingesaft. Nachdem sie das schöne Geld verdient hatte, fiel sie in gehässiger Weise über den Blumentag her und verlangte von den Genossen seinen Hoylott. Wie soll man eine solche Handlungsweise bezeichnen? — In Bremen und Hannover verlaufen die Sozials am Blumentage rote Netzen für die Parteilasse, fielen aber ganz lässlich damit herein. So gemein wie die „Düsseldorfer Volkszeitung“ haben sich dort die Genossenblätter jedoch nicht benommen.

Aus unserer Industrie.

Die deutsche Textilindustrie im neuen deutsch-schwedischen Handelsvertrage.

II.

Pflanzliche Spinnstoffe mit Ausnahme der Baumwolle.

Im neuen deutsch-schwedischen Handelsvertrage haben wir für zwei- oder mehrdrätiges Flachs-, Hanf- und Ramiegarn, einschließlich des leinenen Nähzwirns, die Beseitigung der Erhöhungen des neuen schwedischen Tarifs durchgeführt und mit den Sätzen von 40 Dere für ungebleichten und ungefärbten Zwirn (Nr. 406) und von 60 Dere für gebleichten, gefärbten oder bedruckten Zwirn (Nr. 407) den status quo wieder hergestellt. Unser Interesse beträgt über 100000 Mark. Dagegen haben wir an einfachem Flachs- usw. Garn kein erhebliches Interesse.

Für Gewebe aus Flachs, Hanf und Ramie (auch in Verbindung mit Baumwolle oder Jute) sieht der neue schwedische Tarif eine viel weitergehende Detaillierung als bisher vor. Diese hat auf der ganzen Linie erheblicheollerhöhungen zur Folge gehabt, insbesondere durch die allgemein durchgeführte Unterscheidung zwischen rohen und veredelten Geweben bei den nicht mit Mustern gewebten Artikeln. Wir konnten uns, da Schweden bei seinem Bestreben, die Veredelung der Leinen- usw. Gewebe durch erhöhte Zölle zu schützen, die neu eingeführte Spannung zwischen rohen und veredelten Geweben autonom nicht vermindern wird, darauf beschränken, Herabsetzungsverträge bei den Positionen für die veredelten Gewebe zu stellen, wodurch die Sätze für die unedelten zugleich festgelegt werden. Auch erschien es nicht erforderlich, für die neugebildete Staffel der feinsten ungemusterten Gewebe (solche mit über 65 Kett- und Einschlagfäden pro Quadratcentimeter) einen Antrag zu stellen; Schweden kann diese Gewebe selbst nicht produzieren und hat deshalb auch für sie den bisherigen Satz von 7,75 Kr. (bei Nr. 438) unverändert belassen. Endlich ist weder für Samt und Plüsch aus Leinen, noch für Buchbinderzeugstoff, noch für Satin- und Atlasgewebe ohne Muster ein Antrag gestellt worden, da auch an diesen Artikeln unser Interesse gering ist. Im übrigen aber finden sich sämtliche Nummern des neuen schwedischen Tarifs, die die Gewebe aus Leinen, Hanf oder Ramie auch in Verbindung mit Jute oder Baumwolle betreffen, in dem vorliegenden Vertrage mit Zugeständnissen von größerer oder geringerer Bedeutung.

Besonders erheblich sind die Herabsetzungen für die Tischentuchgewebe (Nr. 425 und 426), wo die Sätze von 1,30 auf 1,10 und von 2,25 auf 1,90 Kr. ermäßigt sind, sowie für die gemusterten Gewebe der Nr. 440 (solche mit über 50 Kett- und Einschlagfäden), wo uns 2 Kr. statt 2,50 Kr. im autonomen Tarif bewilligt sind. Geringer sind die Ermäßigungen der neuen autonomen Sätze für die ungemusterten Gewebe der Nr. 431 bis 437. In dieser Hinsicht ist indessen die Veränderung in der Zollbehandlung von Belang, die der neue schwedische Tarif für Gewebe mit eingewebten Namen, Monogrammen, Buchstaben oder Ziffern in der autonomen Anmerkung 2 zu den Nr. 428 bis 440 vorzieht. Derartige Gewebe wurden bisher als gemusterte verzollt; in Zukunft soll das Einweben des Namens, Monogramms usw. nicht mehr die Verzollung des Gewebes als gemustert, sondern nur einen Zuschlag zum Zoll, der sonst für das Gewebe gilt, von 20 Prozent zur Folge haben. Durch diese Bestimmung tritt für ungemusterte Gewebe der neuen Nr. 431, wenn ihnen ein Name oder ein Monogramm eingewebt ist, an Stelle des bisherigen Zolles von 1,50 Kr. der Satz von 60 Dere, für Gewebe der neuen Nr. 433 in dem gleichen Falle der Satz von 78 Dere, und auch die Gewebe der Nr. 435 kommen durch das Einweben von Namen usw. erst auf einen Zoll von 1,44 Kr. gegenüber 1,50 Kr. bisher. Nach der Absicht des neuen schwedischen Tarifs sollte der genannte 20prozentige Zuschlag auch für gemusterte Gewebe eintreten, wenn ihnen ein Name oder ein Monogramm und dergleichen eingewebt ist. Das würde zu einer weiteren erheblichenollerhöhung für einen großen Teil der gemusterten Gewebe geführt haben. Es ist aber gelungen, insofern die Wirkung der Anmerkung zu beseitigen, indem durch eine Zusatzbestimmung zu den Nr. 439 und 440 vereinbart ist, daß bei den gemusterten

Geweben der genannten Nummern eingewebte Namen, Buchstaben, Monogramme und Ziffern eine Erhöhung der für diese Gewebe geltenden Zollsätze nicht zur Folge haben sollen. Diese Bestimmungen über das Einweben von Namen, Monogrammen usw. sind für größere Lieferungen von Tischzeug oder Wäsche an einen Besteller, beispielsweise an Restaurants, Hotels, öffentliche Verwaltungen usw. von erheblichem Einfluß. Es handelt sich sonach auf dem Gebiet der Leinenindustrie um sehr bedeutende Konzessionen, die durch den neuen Vertrag erreicht sind. Unser Interesse an der Ausfuhr von Leinergeweben usw. beläuft sich auf etwa 700000 Mark. — Erwähnt sei noch, daß als Anmerkung zu den Nr. 438 bis 440 eine Bestimmung des neuen Tarifs in den Vertrag aufgenommen worden ist, nach der an sich ungemusterte Gewebe, die durch farbige Kett- oder Einschlagfäden entstandene Streifen oder Bänder aufweisen, deshalb nicht als mit Mustern gewebt verzollt werden.

Für Fischernetze aus Leinen oder Hanf (Nr. 446) ist der Zoll von 45 Dere ausgewirkt, der den bisherigen Satz von 44 Dere lediglich abrundet; der neue autonome Satz beträgt 50 Dere.

Rückgang der schlesischen Handweberei.

Sehr interessantes statistisches Material veröffentlicht in ihrem neuesten Jahresbericht die Schweißniger Handelskammer hinsichtlich des unaufhaltenden Rückganges der Handweber-Bevölkerung. Den Erhebungen zu Grunde gelegt sind die Verhältnisse auf diesem Gebiete in den drei Kreisen Schweidnitz, Reichenbach und Waldenburg. Während im Jahre 1850 in dem erwähnten Bezirk noch insgesamt 20253 Handweber beschäftigt waren, sank deren Zahl jetzt bis auf 1927 herab. In den letzten drei Jahren, das ist seit 1908, ging die Anzahl der Handweber um 600 Personen zurück, und zwar betraf dieser Rückgang durchweg männliche Personen; die Zahl der weiblichen Handweber blieb in dieser Zeit ungefähr die gleiche.

In den einzelnen Kreisen wurde festgestellt seit 1908 ein Rückgang im Kreise Schweidnitz von 711 auf 533, im Kreise Reichenbach von 1119 auf 864, im Kreise Waldenburg von 697 auf 530 Handweber. Die Mehrzahl der Handweber und zwar 468 von 1927 stand im Alter von 61 bis 70 Jahren, 246 waren über 70 Jahre, 267 waren 56 bis 60 Jahre alt. Je jünger der Jahrgang, um so verschwindender wird die Zahl der Personen, welche sich noch der Handweberei widmen; so sind beispielsweise in der Altersstufe von 16 bis 20 Jahren nur noch 18, in der Stufe von 21 bis 25 Jahren nur 38, in der Stufe von 26 bis 30 Jahren nur 39 Handweber vorhanden. Interessant ist eine Uebersicht über den Rückgang der gesamten Handweberbevölkerung in allen drei Kreisen zusammen seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Während, wie bereits erwähnt, im Jahre 1850 noch 20253 Handweber vorhanden waren sank deren Zahl im Jahre 1861 auf 17603, im Jahre 1870 auf 14910, im Jahre 1880 auf 12172, im Jahre 1892 auf 7658, im Jahre 1900 auf 5267, im Jahre 1911 auf 1927 und allzu fern dürfte der Zeitpunkt nicht mehr sein, wo dieser Erwerbszweig völlig verschwunden sein wird.

Dagegen ist die Zahl der Maschinenstühle, welche mehr und mehr jetzt die Arbeit der frühen Handweberei übernahmen, ganz gewaltig gestiegen. Im Jahre 1870 wurden 1206 Maschinenstühle gezählt und jetzt sind 16476 vorhanden, von denen durchschnittlich 14549 im Betriebe waren. Die größte Anzahl Maschinenstühle entfallen auf den Kreis Reichenbach, und zwar 8862; es folgen die Kreise Waldenburg mit 4087, Glog mit 1678, Neurode mit 918, Schweidnitz mit 763, Habelschwerdt mit 168 Maschinenstühlen.

Die württembergische Textilindustrie.

Die württembergische Textilindustrie umfaßt nach den vom Statistischen Landesamt mitgeteilten Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 3167 Betriebe und beschäftigt innerhalb der Betriebsstätten 52422 Personen, darunter 30561 weibliche und an Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern 10376 Personen, darunter 9776 weibliche. In der Zahl der von ihr beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte steht sie unter allen Gewerbegruppen an der Spitze, nach der Gesamtzahl ihrer Arbeiter an fünfter Stelle. Die Zahl der Großbetriebe mit über 50 Arbeitern ist in der Textilindustrie die höchste, ebenso steht sie in der Verwendung motorischer Kräfte (Dampf, Wasser, Elektrizität usw.) weit oben. Jede neue Betriebszählung weist ein weiteres Anwachsen der Großbetriebe auf. 1882 waren es 18334, 1895 noch 9518 und 1907 nur noch 3167 Textilbetriebe im Lande; in demselben Zeitraum ist die Zahl der Arbeiter der Textilindustrie von 33546 auf 39308 und damit auf 52422 gestiegen, die verwendete Kraft ist von 2494 Pferdestärken im Jahre 1895 auf 49439 i. J. 1907 angewachsen. Die Entzählung der Textilindustrie Württembergs seit der Betriebszählung von 1895 ist rascher und reichlicher vor sich gegangen als jene des ganzen Reichs. Sie hat ihre Arbeiterziffern fast um ein Drittel (31,7 Prozent) gesteigert, die Textilindustrie im Reich kann um ein Zehntel (9,6 Prozent). An den von 993257 auf 1088260 angewachsenen Arbeitskräften des deutschen Textilgewerbes ist die württembergische Textilarbeiterkraft mit 4,8 Prozent beteiligt, wogegen im Jahre 1895 diese Anteilsquote 4,0 Prozent im Jahre 1892 3,7 Prozent betragen hatte. Unter den 3167 württembergischen Textilbetrieben sind 2317 (=73,2 Prozent) Hausbetriebe; darunter befinden sich 1722 Kleinbetriebe (1-5 Personen) mit 2170 Personen, 340 Mittelbetriebe (6-50 Personen) mit 6979 Personen und 255 Großbetriebe (51 und mehr Personen) mit 42973 Personen. Unter den letzteren sind nicht weniger als 66 Betriebe,

die zwischen 200 und 1000 Personen und 2 Betriebe, die je mehr als 1000 Personen beschäftigen. Vertreten sind in Württemberg fast alle Zweige der Textilindustrie. Den ersten Platz nimmt die Strumpfwarenfabrikation mit 15149 Personen ein. Ihr schließen sich die Baumwollweberei mit 9775 und die Baumwollspinnerei mit 8795 Personen an. Die erste mechanische Baumwollspinnerei wurde vor 100 Jahren, im Jahre 1810 in Berg bei Stuttgart eingerichtet; sie zählte 3660 Spindeln, heute arbeiten in den württembergischen Baumwollspinnereien und Webereien zirka 830000 Spindeln und 23000 Webstühle.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Krefeld.

III.

Die Samtweberbewegung. Wir haben bisher von einem ruhigen Gang der Bewegung berichten können, leider aber in diesem Schlussartikel nicht mehr. Während der Zeit, wo die Verbandsvertreter sich in zweieinhalbstündigen Verhandlungen bemüht hatten, weitere Zugeständnisse für die Samtweber zu erzielen, hatte in den einzelnen Belegschaften eine mühe Hege gegen die Verbände und ihre Führer eingeleitet. Die Ausschüsse hatten die Beschlüsse der mittags stattgefundenen Ausschusssitzung mitgeteilt, und es ging dann das falsche Gerücht rund, die Ausschüsse und Verbandsvertreter hätten definitiv beschlossen, von einer Kündigung Abstand zu nehmen. Dieses unwahre Gerücht hat dann leider einen großen Teil der Samtweber in eine Oppositionsstellung gegen Ausschüsse und Verbände hineingetrieben. Es entstand ein allgemeiner Wirrwarr. Am Abend desselben Tages hielten einige Belegschaften Versammlungen ab, um Protest zu erheben. Ausschussmitglieder wurden abgesetzt und andere an deren Stelle gewählt. Von einer Firma ist uns bekannt, daß die Versammlung von allerhand zweifelhaften Elementen veranlaßt wurde. Unorganisierte waren sogar die größten Rufer im Streit. In einer Belegchaft wurde die Abhaltung einer Protestversammlung für alle Samtweber beschlossen. Ein Mitglied des „deutschen“ Verbandes stellte an seine Führer das Ansuchen, eine Resolution, worin dieselben Führer der Verräterei bezichtigt wurden, auf der Schreibmaschine zu vervielfältigen. Die Resolution sollte an die einzelnen Belegschaften verteilt werden. Diese Situation veranlaßte den Vorsitzenden der Samtausschüsse, anstatt der geplanten Lokalkommissionssitzung auf dieselbe Zeit (Freitag, 5. Mai) eine allgemeine Ausschusssitzung einzuberufen.

In dieser Sitzung erstatteten die Verbandsvertreter Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen. Sodann fand eine Besprechung der allgemeinen Situation statt. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß die tags vorher stattgefundenen Ausschusssitzung nicht beschlossen habe, von einer Kündigung Abstand zu nehmen, sondern dieselbe nur zu verschieben. Es wurde dann von neu gewählten Ausschussmitgliedern erklärt, daß ihre Vorgänger so nicht berichtet hätten, durch die falsche Berichterstattung sei die Unruhe unter die Samtweber gekommen. Aufklärung sei deshalb notwendig. Der Gedanke einer Protestversammlung habe jetzt keine Unterlage mehr. Es möchte trotzdem die Ausschusssitzung beschließen, am Montag, 8. Mai, im Lokale „Drießenhof“ eine allgemeine Samtweberversammlung abzuhalten. Der Zweck derselben solle nur in der Aufklärung bestehen. Die Verbandsvertreter erklärten, daß sie gegen eine solche auflösende Versammlung nichts einzuwenden hätten, jedoch könne die Versammlung, in der eine Kommission über die Teilnehmer fehle und die somit sehr leicht Beeinflussungen unverantwortlicher Elemente ausgeübt wäre, keine Beschlüsse im Auftrage der Gesamtheit der Samtweber fassen. Jede ernsthaft organisierte Organisation müßte es ablehnen, eventl. zustande kommende Beschlüsse als für sie bindend anzusehen. Die Ausschusssitzung stimmte dem so definierten Charakter der Versammlung zu, und bestimmte weiter, daß dieselbe am 8. Mai, abends 6 Uhr auf „Drießenhof“ stattfinden und die Ausschüsse dazu einladen sollten.

Hatten nun alle vernünftig denkende Kollegen geglaubt, es würde jetzt wieder Besonnenheit und Steigkeit unter den Samtwebern platzgreifen, so hatten sie sich getäuscht. Eine Anzahl „Unverantwortlicher“, denen es weniger um die Interessen der Samtweber, als vielmehr um eine fröhliche Hege gegen Verbände und deren Beamten zu tun war, taten nun alles, um eine ruhige Weiterführung der Bewegung zu hintertreiben. Besonders waren es Mitglieder der Anarchosozialisten neben Unorganisierten, die sich in der Hegepolitik zu überbieten suchten. Man konnte aber auch beobachten, daß ein Teil der Mitglieder des „deutschen“ Verbandes mit den Ideen der „Anarchos“ liebäugelten. Sogar Ausschussmitglieder des „deutschen“ Verbandes leisteten den „Anarchos“ Handlangerdienste. Wir wollen aber auch nicht verschweigen, daß leider einzelne Mitglieder unseres Verbandes sich mit Hintertreiben ließen.

So deuteten alle Vorkommnisse darauf hin, daß die „Anarchosozialisten“ die Bewegung der Samtweber in Trümmer schlagen und über dieselben einen „großen Agitationszug“ machen wollten. Die Heiratsverbände sollten „vernichtet“, deren Führer „gehangelt“ werden. Durch Kampf zum Sieg! war die Losung. Dabei muß bedacht werden, daß die „Maßgebenden“ der „Anarchos“ von Anfang bis dahin stets zusammen mit den anderen Organisationen geratet und getatet und auch alle Beschlüsse und Entschlüsse der Ausschüsse und der übrigen Verbandsvertreter gutgeheißen und mitgefäßt hatten. Sie hatten immer dieselbe Meinung

und waren, wie ihr Vertreter stets sagte, mit allem einverstanden.

Die Versammlung auf „Driefenhof“ sollte erst recht der Tummelplatz der anarcho-sozialistischen Ideen werden. Raum begann der Saal sich zu füllen, da überflutet die Agitatoren die Versammlung mit anarchistischen Flugblättern und Schriften. Mehrere „Größen“ der „Anarchos“ waren von auswärts zum Kampfsplatz geeilt. O weh! die armen Zentralkisten, wie sollten die es haben. Die Versammlung setzte sich zusammen aus allen Verufen. Besonders stark waren naturgemäß die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ vertreten. Die Kollegen unserer Verbände waren schwach vertreten, wohl in der richtigen Erkenntnis, daß die Versammlung den Interessen der Samtweber mehr schaden als nützen würde.

Die Vertreter der Verbände berichteten über den Verlauf der Bewegung in ruhiger und sachlicher Weise. Eine Gegenüberstellung der alten und neuen Löhne bei der Firma v. Bruck ergab eine nicht unbedeutende Lohnerhöhung. Dasselbe wurde auch durch eine Ausrechnung von der Firma Schellekes erwiesen.

Der erste Diskussionsredner, ein Mitglied der „Freien Vereinigung“, erklärte, daß an dem Bericht nichts zu bemängeln sei. Er versuchte dann, die Verbandsvertreter zu beschuldigen, sie hätten verhindert, daß nicht ein größerer Erfolg errungen worden wäre. Die Ausschüsse hätten sich einseitig lassen usw. In diesem Tone ging die Diskussion weiter. Mehrmals versuchten auch die gekommenen „Größen“ der „Anarchos“ das Wort zu bekommen, jedoch die Versammlung lehnte ab.

Im weiteren Verlauf der Diskussion suchte der eine den andern zu überbieten. Lügen, Verleumdungen und Verdrehungen hagelten nur so nieder. Feststellen wollen wir, daß an diesem Treiben nur Mitglieder der „Freien Vereinigung“ und des „deutschen“ Textilverbandes sich beteiligten. Soweit unsere Mitglieder in die Diskussion eingriffen, taten sie es in sachlicher Weise. Das erregte natürlich den Zorn der „Radikalen“ noch mehr, und so behaupteten sie, unsere Mitglieder seien während der Bewegung beeinflusst worden. Demgegenüber erklärte der Vorsitzende unserer Ortsgruppe Krefeld, daß er von Anfang der Bewegung an über alle Vorgänge genau orientiert sei und feststellen könne, daß nicht die geringste Beeinflussung seitens unseres Verbandes oder der Beamten stattgefunden habe.

Die Verbandsvertreter stellten die Lügner und Verleumder in gebührender Weise an den Pranger und betonten, daß diese durch ihr unverantwortliches Vorgehen die Interessen der Samtweber schwer schädigten. Gewiß sei der Erfolg nicht so, wie wir ihn gewünscht hätten, jedoch sei es eine Bosheit, wenn erklärt würde, es sei nichts erreicht worden. Einseitige Arbeiter seien ganz anderer Ansicht. Es sei leicht, sich als Schwabronneur zu betätigen, die Praxis habe jedoch erwiesen, daß diese Leute dort, wo es heißt, entschieden für die Interessen der Arbeiter einzutreten, nicht auf dem Boden seien. Inzwischen hatte sich der Saal bedeutend geleert. Es wurde uns von Kollegen versichert, daß sie es satt gehabt hätten, noch weiter den „Blodjinn“ mitzumachen, und wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die meisten Kollegen, die schon längst das Lokal verlassen hatten, aus denselben Motiven gegangen sind.

Zum Schluß lag ein Antrag vor, der von den Verbandsvertretern eine Erklärung über ihre Stellung zum Streit forderte. Die Vertreter des christlichen und „deutschen“ Verbandes erklärten, daß nach Lage der Dinge den Zentralvorständen weitere Entscheidungen zu überlassen seien. Der Vertreter unseres Verbandes, Kollege Pech, fügte noch hinzu, daß er nur unsern Mitgliedern gegenüber Erklärungen abzugeben habe. Der Vertreter des „deutschen“ Verbandes erklärte noch, als man über Streit abstimmen wollte, daß eine Abstimmung bei der gegenwärtigen aus allen Verufen zusammengesetzten Versammlung (es war nur ein kleiner Bruchteil der Samtweber mehr anwesend) für die Organisationen ohne Bedeutung sei. Der Vertreter der Friedrich-Dunkerschens stellte sich auf den Boden der bekannten Entscheidung, der Karren sei jedoch verfahren und müsse versucht werden, ihn wieder flott zu machen. Die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ konnten, wie immer nach den Erklärungen ihres „Vertreters“, tun was sie wollten.

So das Resultat der Versammlung, in der zwar die gegebenen Aufklärungen von den Radikalisten sehr übel genommen wurden, die aber doch für viele so aufklärend gewirkt hat, daß sie jetzt wissen, daß es eine Sorte Samtweber und auch sonstige Lezer gibt, die eine Gefahr für eine gesunde und stetige Arbeiterbewegung und besonders auch eine Gefahr für die Interessen der Samtweber bilden. Mögen die Samtweber diese Fremdkörper immer mehr von sich abstoßen.

Schließlich haben die Fabrikanten die neue Liste ausgehängt. Nach Ansicht derselben ist die Stimmung unter den Samtwebern eine ganz andere geworden. Es ist gewiß noch manches zu wünschen übrig geblieben, aber trotzdem erklären jetzt viele Samtweber, daß die neue Liste ein neuer schöner Fortschritt für die Samtweber bedeute. So können die Samtweber sagen, daß ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die verschiedenen durch ihre Organisation geführten Bewegungen außerordentlich gebessert haben. Sie sind zweifellos die im hiesigen Bezirk am besten gestellte Arbeitergruppe. Wollen die Samtweber, daß es so bleiben soll, dann mögen sie in ruhiger und besonnenen Weise als echte Gewerkschaftler weiterarbeiten, denn nur auf diesem Wege ist ein Aufstieg möglich.

Aus unseren Bezirken.

Von den südbayerischen Organisationsverhältnissen.

Wie überall in unseren größeren Textilindustriebezirken die Ausbreitungsmöglichkeit für unseren Verband noch groß ist, so auch in Südbayern. Hier bietet sich noch viel Gelegenheit, in den verschiedensten Zweigen der Textilindustrie praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Die Mannigfaltigkeit der südlichen Textilindustrie macht aber die Arbeit für uns auch bedeutend schwerer. Zum größten Teile ist die Arbeiterchaft auf Baumwolle beschäftigt; eine größere Kammgarnspinnerei und Weberei, eine Filz- und eine Tuchfabrik im kleineren Maßstab, dann Bindfaden und Seilerwarenfabrikation, einige Betriebe für Posamenten und sogar die Gold- und Silber-Manufaktur ist dort vertreten.

Diese Aufzählung beweist, daß eben auch unsere Verbandsarbeit recht vielfältig sein muß und insfolgedessen tüchtiger Kollegen und Kolleginnen bedarf, die die Spezialarbeiten und Verhältnisse kennen. Wir waren auch erfreut, mancherorts tüchtige Mitarbeiter und Kolleginnen gefunden zu haben, aber wir wollen nicht sagen, daß dies schon vollauf genügt. Die Versammlungen, die wir im Augsburger Industriegebiet, in der Günzburger Gegend, im Allgäu und in Franconien besucht haben, boten wiederholt viel Interessantes. In der Metropole der südbayerischen Textilindustrie, in Augsburg, war eine gut besuchte Arbeiterinnenkonferenz veranstaltet worden. Ausschusssitzungen, sowie Fabrikversammlungen wurden besucht.

Den Reigen eröffnete die Ortsgruppe Friedberg am 8. April; folgenden Tags kam Lechhausen mit einer erfolgreichen Veranstaltung. In Haunstetten war eine Anzahl standhafter und überzeugter Mitglieder anwesend, die uns die Gewähr geben, daß sie aller Hindernisse zum Trotz unsere Ideen einmal zum Siege bringen wollen. Nirgends wird bekanntlich die Organisation der Nichtorganisierten, die gelbe Richtung, mehr geschützt und bevorzugt, wie dort! Daß da Zustände aufkommen, die zum Schaden der ganzen Arbeiterchaft, insbesondere aber zum Verderben der Arbeiterinnen sind, kann nur der halt- und zuchtlosen gelben Drahtzieherei zugeschrieben werden. In Anbetracht der bestehenden Verhältnisse ist es auch eine Aufgabe des dortigen Arbeiterinnenvereins, sich auf eine feste, zeitgemäße Grundlage zu stellen.

Am 18. April kamen wir nach Günzburg; von sehr geringem Verständnis für unsere christliche Gewerkschaft zeugte der schwache Besuch. Für Reiffensburg trifft daselbe zu. Doch liegt es im Interesse der dortigen noch religiösen Arbeiterchaft, sich so bald als möglich zur Einsicht aufzuraffen. Unsere Absicht ist, auch diesen Leuten, trotzdem sie vorwiegend Landwirtschaft treiben, menschenwürdige Behandlung und anständige Lohnverhältnisse in den Fabriken zu schaffen. In Aß bei Senden liegen die Dinge schon anders. Hier haben es schon viele Arbeiterinnen erfaßt, was die Organisation Wichtiges für sie ist, daß sie selbst auch mithelfen müssen, die Verhältnisse zu bessern, in die ihre jüngeren Geschwister, ja ihre Kinder einmal treten sollen. Bedeutungsvoll war hier, daß seitens der Pfarrgeistlichen betont wurde: „Die Arbeiterin, die achtlos an den Zeichen der Zeit vorübergeht, erfüllt ihre Pflicht nicht!“

In Memmtingen sowie in Immenstadt waren an den beiden folgenden Tagen Ausschusssitzungen, um vor allem durch eine rege Aussprache mit den Vorstandschäften der konfessionellen Vereine in Verbindung zu treten und zu bleiben. Wo in Mitgliedertreffen noch so eine gewisse Zurückhaltung herrscht, da möchten wir uns wohl nicht mit Gewalt hineindrängen in die Reihen, aber wir verweisen gerade diese Arbeiterinnen auf den oben zitierten Ausspruch! Wir glauben, daß die Einzelnen auf Grund ihrer christlichen Lebensauffassung sich dieser Pflicht nicht entziehen können. Die Ortsgruppe Füssen erzielte mit ihrer Sonntagsversammlung wohl keinen großartigen Besuch, dafür aber einen sehr schönen Erfolg. Die Diskussion war sehr wertvoll. Die Versammlung in Immenstadt verlief recht schön; der Arbeiterinnenverein war gut vertreten, so daß gute Aussicht besteht, in der Agitation unter den Bindfadenarbeiterinnen voran zu kommen. In Kolbermoor hat uns der schöne, übersichtliche Bericht über die Augsburger Konferenz, gegeben von einer tüchtigen Kollegin, sehr erfreut. Wir haben hier gesehen, was eine verheiratete Arbeiterin bei gutem Willen zu leisten vermag! — Wir haben überhaupt bemerkt, daß die Gewinnung der Arbeiterinnen im Allgäu wohl verhältnismäßig mühevoll, aber doch sehr lohnend ist, denn der biedere, treuherzige Sinn unserer Klepler gleicht alles wieder aus.

Weihenburg und Roth am Sand bildeten den Schluß der bayerischen Tour. Bekanntlich werden im ersten Ort in der Gold- und Silber-Manufaktur die niedrigsten Löhne — von ganz Bayern — bezahlt; dabei ist eine immerhin qualifizierte Arbeit zu leisten; die christliche Organisation dürfte deshalb um so notwendiger sein! Die Sympathien der kirchlichen Kreise wurden unserer Werbearbeit voll und ganz zugebilligt. Ein Genosse glaubte allerdings, er müßte durch seine „Entscheidungen“ die ganze Versammlung zum „deutschen“ Verbands bringen, aber er mußte auf Grund gewissen Zahlenmaterials klein beigeben. Der Tags nachher, am 27. April folgenden Versammlung gedenken wir mit Freuden, weil sie sich nicht nur durch guten Besuch, sondern auch durch eine auf der Höhe stehende Diskussion auszeichnete; auch das Vertrauen zu unserer Gewerkschaft kam hier deutlich zur Geltung.

Von der am 17. April abgehaltenen Konferenz wäre noch einiges zu sagen. Es waren nicht nur Delegierte, sondern auch eingeladene Mitglieder der Arbeiterinnenvereine der Augsburger Gegend und Mitglieder unseres Verbandes zugegen. Eine Arbeiterin führte in muster-gültiger Weise den Vortrag. Die Verhandlungen wurden durch die Mitteilungen der Kolleginnen besonders interessant.

Wir bekamen Kenntnis davon, wie sich manche Arbeiterin heraushebt aus den gelben Vereinen, und wir konnten mit Genugtuung erfahren, wie eine der Anwesenden aus freien Stücken ihren Austritt aus demselben perfekt gemacht hatte. Wir konnten hören, wie gerade in Betrieben, wo die Gelben sind, von gleicher Bezahlung bei gleicher Arbeitsleistung nichts zu merken ist! Wir mußten hören, daß besonders in den Spinnereien von Pausen, hygienischen Einrichtungen nichts zu erwähnen sei! Einen weit besseren Einblick als in gewöhnlichen Versammlungen bekamen wir hier in die Denkweise und Verhältnisse unserer Arbeiterinnen. Daß die Anwesenden gewillt waren, in der Agitation mitzuarbeiten, ist uns gewiß.

Im übrigen war während der ganzen Dauer der bayerischen Tour großes Interesse zutage getreten, wie sich die Sache mit der freien Samstagnachmittag-Bewegung wohl gestalten würde. In unserem christlichen Verbands war man sich längst darüber klar, daß nach der veröffentlichten Erklärung der Arbeitgeber und nach der jetzt bestehenden Regelung der Arbeitszeit ein blindes Festhalten an der Forderung unbedingt von Mißerfolg begleitet sein müsse. Wir wissen, daß die Freigabe des Samstagnachmittags für die Arbeiterinnen wünschens- und erstrebenswert ist — aber es wird besser sein, die Hand an besser erreichbare Ziele zu legen, als immerfort viel Lärm um nichts zu machen. Unsere Arbeiterinnen sehen das auch ein; deshalb geben sie uns durch ihre Mitteilungen das an, was für sie erfolgreicher und wichtiger ist. Dadurch, daß immer größere Scharen unserem christlichen Textilarbeiterverbände zugeführt werden, können wir immer erspriechlicher zum Wohle aller arbeiten.

F. H.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Augsburg. Um 600 neue Mitglieder haben die christlichen Gewerkschaften von Augsburg und Umgegend im ersten Quartal 1911 zugenommen. Während am Schlusse des vorigen Jahres das Augsburger Bezirkskartell rund 2400 christlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßte, ist nun dessen Mitgliederzahl auf über 3000 angewachsen. In diesem Kartell sind 11 christliche Zentralverbände mit Mitgliedern vertreten, darunter am stärksten die Eisenbahner, Bauarbeiter und Textilarbeiter. Die Verwaltungsjuristen Augsburg des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands ist allein im ersten Quartal 1911 von 420 auf 617 Mitglieder gewachsen, trotz heftiger Gegenagitation und roher Heße von sozialdemokratischer Seite auf den Bau- und Arbeitsplätzen. Für die christlich organisierten Bauarbeiter ist auch schon seit 1. Oktober v. J. ein Lokalbeamter angestellt. Infolge der guten Organisationsfortschritte hat den christlichen Textilarbeitern wird auch bei diesen demnächst ein Lokalbeamter neben dem bisherigen Bezirksleiter angestellt. Auch die Zahlstellen der übrigen Verbände entwickeln sich in neuester Zeit besonders gut. Neu gegründet wurden Zahlstellen für die Hafner (Verband der keramischen Arbeiter) und Straßenbahner (Staats- und Gemeindefacharbeiterverband).

Mit dieser erfreulichen Entwicklung hatte sich auch die Notwendigkeit der Schaffung eines Zentralpunktes für Versammlungen, Veranstaltungen und gesellige Zusammenkünfte ergeben. Dem Augsburger Bezirkskartell christlicher Gewerkschaften ist es nun gelungen, durch bereitwilliges Entgegenkommen der „Kraftbrauerei“ und des Besitzers des Restaurants „zur Schützenhalle“ Wintergasse A 12 dieses Etablissement zur vorredlichen Benützung für die christlichen Gewerkschaften zu erhalten. Neben dem allgemeinen geräumigen Restaurationslokal stehen nun den Organisationen ein größerer freundlicher Saal und ein Gesellschaftslokal zur Verfügung. Letzteres, sowie der Saal werden noch dementsprechend eingerichtet, daß sie zur Hälfte abgeteilt werden können, so daß zu gleicher Zeit mehrere Versammlungen und Sitzungen abgehalten werden können. Ferner kommen ab 1. Juli d. J. in das 1. Stockwerk die Büroräume der drei Gewerkschaftssekretäre, sowie für das Volksbureau und Arbeitersekretariat (letzteres auf 1. Oktober). Auch die Einrichtung einer Fremdenherberge ist ins Auge gefaßt. Dadurch ist dann für alle Verhältnisse vorgesorgt.

Greiz i. Vogtland. Einen äußerst guten Besuch hatte unsere Mitgliederversammlung am 26. Mai aufzuweisen. In derselben erstattete der Kassierer, Kollege Fickel, den Kasienbericht vom 1. Quartal, worauf ihm von der Versammlung für seine Mähe Entlastung erteilt wurde. Kollege Seidel gab einen kurzen Bericht über die am Sonntag, den 23. Mai in Greiz abgehaltene Gaukonferenz für den Gau Vogtland, worauf der Kollege Welcher über das Thema: „Unser Verband im Jahre 1910“ referierte. Er forderte alle Anwesenden auf, auch in diesem Jahre tüchtig mitzuarbeiten, damit wir am Schlusse des Jahres 1911 ein ebenso günstiges Resultat zu verzeichnen haben wie 1910. Unter Punkt Verschiedenes erwähnte der Kollege Kanis die neue Berichterstattungs-methode für die Arbeitslosenstatistik und empfahl allen Mitgliedern, auch die nichtunterstützungsberechtigten Tage von Arbeitslosigkeit auf der Geschäftsstelle zu melden. — Zu empfehlen wäre den Mitgliedern, die Versammlungen recht pünktlich zu besuchen, damit ein zeitiger Schluß erzielt werden kann.

Hof i. Bayern. (Feine Manieren.) Wenn Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in unsere Mitgliederversammlungen kommen und dieselben fortgesetzt hören, dann entschuldigen wir das zum großen Teil mit der Erziehung, die diese Leute von den Genossen haben. Wenn aber sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte, die ein Maß Bildung besitzen sollen, in die Mitgliederversammlungen unserer Ortsgruppen gehen, dort vor Beginn der Versammlung unsere Referenten auf die gemeinste Art und Weise beleidigen, so können wir das nur als eine Unverschämtheit bezeichnen.

Am Mittwoch, 21. Mai, hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab, zu der alle christlich- und national gesinnten Textilarbeiter von Hof eingeladen waren. Die Gründung einer Zahlstelle hier selbst muß die Genossen und vor allen Dingen den Bezirksleiter Dreßel aus Reichenbach und den Lokalbeamten Raitzel aus Hof, beide Beamte des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, so in die Obster gesehen sein, daß sie den Unterschied zwischen christlich-national und sozialdemokratisch vergaßen. Diese beiden Beamten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes kamen in die für christlich-nationale Arbeiter einberufene Versammlung und brachten sich eine Anzahl Genossen zur Unterstützung mit. Nach vor Beginn der Versammlung verlangte der Genoss

Rathel unbeschränkte Redefreiheit, die ihm natürlich, da er nicht ein christlich-nationaler Arbeiter ist, verweigert wurde.

Die beiden sozialdemokratischen Beamten beriefen sich darauf, in unserer Mittelglieder-Versammlung ein von uns herausgegebenes und am selben Tage verbreitetes Flugblatt widerlegen zu dürfen.

Einige Neugierige aber gab es doch, die auch Lehren aus dem beendeten Kampf in der bayerischen Textilindustrie schöpfen wollten.

Einigen Neugierigen aber gab es doch, die auch Lehren aus dem beendeten Kampf in der bayerischen Textilindustrie schöpfen wollten.

Lampertsmühle. Die Firma Baumwollspinn- und Weberei Lampertsmühle, die, nebenbei bemerkt, in den letzten zwei Jahren nahezu 10.0 tüchtige, eingearbeitete Arbeiter auf Straßenpflaster gesetzt und dabei ihren Betrieb auch so ziemlich von „unzufriedenen Elementen“ gefäubert hatte,

So wurden u. a. durch Vermittlung des italienischen Generalsekretariats der christlichen Gewerkschaften in Mailand in der dortigen Tagespresse die Verhältnisse auf Lampertsmühle eingehend geschildert und die Arbeiterinnen vor Auswanderung nach hier gewarnt.

Wer nun glaubt, daß die Betriebsleitung Lampertsmühle, die ihrem „Korrelationsorgane“ schon etwa drei Millionen Mark geopfert hatte, durch derartige Mißerfolge kuriert, die Suche nach Ausländerinnen unterlasse, der täuscht sich gewaltig.

Die Arbeiterschaft allerorts möge aus diesen Zeilen ersehen, daß unsere Organisation in der Lage ist, Verschlechterungen der Arbeiter jedwelcher Art fernzuhalten.

Schönau. (Krankentassenkontroll.) Wie in einem früheren Artikel bereits bemerkt ist, waren die Mitglieder der hiesigen Krankentassen schon einmal genötigt, die Hilfe unseres Verbandes in Anspruch zu nehmen, um sich die freie Arztwahl zu erhalten.

Da nun unsere Ortsgruppe infolge dieser Interessenlosigkeit fast vollständig verschwunden war, glaubten die Vorstände der Kassen (jedemfalls auf Veranlassung dritter Personen), den hiesigen Kassenmitgliedern einen Konflikt in neuer, verbesserter Auflage zu liefern zu dürfen.

Den hiesigen Textilarbeitern aber sagen wir, wenn sie nach den verschiedenen Seiten hin die notwendigen Verbesserungen durchführen wollen, dann müssen sie auch festhalten an unserer Organisation und nicht einem Schiffspropheten gleich sich von jedem Windhauche hin und her bewegen lassen.

Thienen. Zwei öffentliche Versammlungen fanden am Sonntag, den 21. Mai, statt. Nachmittags in Thienen selbst und abends in Unterlammringen.

den Amt, dem Redner entgegenzutreten. Die Ausführungen des Kollegen Kiefer fanden aber reichen Beifall.

Soziale Rundschau.

Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit. Trozdem Deutschland gerade jetzt in jedem Jahre eine starke Bevölkerungszunahme zu verzeichnen hat, ist doch die Geburtenhäufigkeit in den letzten Jahrzehnten ganz bedeutend zurückgegangen.

Auch die Kindersterblichkeit war in den letzten Jahren zurückgegangen; in den Großstädten war sie gefallen von 17,04 auf je 100 Lebendgeborene im Jahre 1907 auf 15,08 im Jahre 1910.

Auch die Gesamtsterblichkeit zeigte in den letzten vier Jahren wieder eine Abnahme; sie ging zurück von 16,33 auf 14,58 auf je 1000 Einwohner.

Gezweigte Arbeiterversicherung in England. Nun soll auch England eine gezweigte Arbeiterversicherung bekommen. Am 4. Mai brachte der englische Schatzkanzler Lord George den lange erwarteten Gesetzentwurf über die Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung im Unterhaus ein.

Die Kranken- und Invalidenversicherung soll 13.900.000 Zwangs- und 800.000 freiwillig-Bezeichnete, also insgesamt 14.700.000 Personen umfassen.

besteuern. Der Staat leistet zu jedem Wochenbeitrage zwei Penny Zuschuß. Die Versicherung nimmt folgende Leistungen in Aussicht: a) Ärztliche Hilfe und freie Leistungen in Aussicht: a) Ärztliche Hilfe und freie

Die Arbeitslosenversicherung wird zwangsweise nur für die Arbeiter der Maschinenbau- und Schiffbauindustrie eingeführt. Es kommen da etwa 2.400.000 Personen in Betracht.

Versammlungskalender.

- Mhaus. 11. Juni, 1 Uhr, bei Wilh. Burbaum, um 5 Uhr in Willen Versammlung.
Amern-St. Georg. 11. Juni, 11 Uhr, bei Witthammer, auf der Höhe, Förderer- und Vorstanderversammlung.
Eberfeld. 17. Juni, 8 Uhr, bei Herkenrath, Klobbahn.
Giesfeld. 11. Juni, 11 Uhr, bei H. Müller.
Felsenkirchen. 10. Juni, 9 Uhr, im kath. Vereinshaus, Generalversammlung.
Greiz. 30. Juni, 8 1/2 Uhr, im Burgkeller.
Jüchen. 18. Juni, 11 Uhr, bei Adam Kremer.
Netten. 18. Juni, gleich nach dem Hochamt, Versammlung bei Fr. Lieberg.
Krefeld-Vockum. 11. Juni, 11 Uhr, bei Geschw. Wanders.
Neunadt C.-E. 20. Juni, 8 Uhr, bei Küglers.
Dachau. 11. Juni, 12 Uhr, bei Gerh. Schepers.
18. Juni, gleich nach dem Hochamt bei Bernhard Wiggers, Diskutierstunde.
Rheind. 18. Juni, 10 Uhr, bei Alb. Paffen, Obentirchnerstraße 35, außerordentliche Generalversammlung.
Schaag. 18. Juni, 11 Uhr, bei Ludwig Nießen.
St. Lönis. 15. Juni, 3 Uhr Forsthaus, Ausflug Wiesent Süchteln.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der Kampf in der Textilindustrie des Münsterlandes beendet! — Grundrissliches für die Verwaltung der Krankentassen. — Jugendschutz und Jugendpflege. — Unter dem „neuen“ Arbeiterinnenschutz. — Fenilcton: Eine Reise durch die Vereinigten Staaten Amerikas. — Aus der Arbeiterbewegung: Die zweite Zahlstellenkonferenz der christlichen Gewerkschaften am Niederrhein. — Terrorismus unter Tarifbruch. — Die Annäherung an die Sozialisten. — Unter österreichischer Bruderverband im Jahre 1910. — Buchdruckerverband und Mafseier. — Arbeitszeit und Arbeitsleistung. — Freche Spitzbuben. — Durch den Arbeitsnachweis zum Arbeitsmonopol. — Die Geister, die sie riefen. — Sozialdemokratie und Wohltätigkeit. — Aus unserer Industrie: Die deutsche Textilindustrie im neuen deutsch-schwedischen Handelsvertrage. — Rückgang der schleppischen Handweberei. — Die württembergische Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitspreistreibereien: Krefeld. — Aus unseren Bezirken: Von den südbayerischen Organisationsverhältnissen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Augsburg. — Greiz i. Vogtl. — Gf i. Bayern. — Lampertsmühle. — Schönau. — Thienen. — Soziale Rundschau: Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit. — Gezweigte Arbeiterversicherung in England. — Versammlungskalender.